



## Protokoll

### 19. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 19. Juni 2008

09.00–12.20 Uhr

**Abwesend Vormittag:**

Piatti Aldo, Wiedemann Jürg

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**Imwinkelried Barbara, Klee Alex, Andres Pascal und  
Schaub Mirjam**Index**

Mitteilungen	625
Traktandenliste, zur	625
Persönliche Vorstösse	642

**Traktanden**

- |  |   |
|--|---|
| <p>1 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009<br/><i>gewählt Peter Holinger</i> 625</p>  | <p>14 2008/102<br/>Berichte des Regierungsrates vom 22. April 2008 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2008: Nachtragskredite zum Budget 2008<br/><i>beschlossen</i> 637</p>   |
| <p>2 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009<br/><i>gewählt Adrian Ballmer</i> 625</p>  | <p>15 2008/046<br/>Berichte des Regierungsrates vom 26. Februar 2008 und der Justiz- und Polizeikommission vom 2. Juni 2008 sowie der Bau- und Planungskommission vom 5. Juni 2008: Strafjustizzentrum MuttENZ; Zusatzkredit Projektierung<br/><i>beschlossen</i> 638</p> |
| <p>10 2008/144<br/>Berichte des Regierungsrates vom 27. Mai 2008: Ersatzwahl in den Bildungsrat für den Rest der Amtsperiode 2006 - 2010<br/><i>gewählt Beatrice Büschlen</i> 627</p>  |   |
| <p>11 2008/032<br/>Berichte des Regierungsrates vom 29. Januar 2008 und der Bau- und Planungskommission vom 5. Juni 2008: Bezirksschreiberei Liestal; Einmietung Schild-Areal<br/><i>beschlossen</i> 627</p>                           |   |
| <p>12 2008/059<br/>Berichte des Regierungsrates vom 11. März 2008 und der Finanzkommission vom 26. Mai 2008: Anmeldungs- und Registergesetz (ARG). 2. Lesung<br/><i>beschlossen (mit 4/5-Mehr)</i> 628</p>                             |   |
| <p>3 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009<br/><i>gewählt Hanspeter Frey</i> 629</p>  |   |
| <p>4 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009<br/><i>gewählt Urs Wüthrich</i> 629</p>  |   |
| <p>13 2008/079<br/>Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2008 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2008: Staatsrechnung 2007<br/><i>genehmigt</i> 630</p>  |   |
| <p>5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009<br/><i>gewählt Jürg Degen, Beatrice Fuchs, Urs Hess, Jacqueline Simonet und Esther Maag</i> 634</p>                            |   |
| <p>6 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission anstelle von Jürg Wiedemann<br/><i>gewählt Isaac Reber</i> 634</p>  |   |
| <p>7 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Bau- und Planungskommission anstelle von Hanspeter Frey und Peter Holinger<br/><i>gewählt Petra Schmidt und Daniela Gaugler</i> 634</p>   |   |
| <p>8 Ersatzwahl eines Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle von Beatrice Fuchs<br/><i>gewählt Marc Joset</i> 634</p>   |   |
| <p>9 2008/145<br/>Bericht des Kantonsgerichts vom 31. Mai 2008: Wahlen von Gerichtspräsidenten und nebenamtlichen Kantonsrichtern für den Rest der Amtsperiode bis 31. März 2010<br/><i>alle 3 Gerichtspräsidenten gewählt</i> 635</p> |   |

**Nicht behandelte Traktanden**

16 2007/204

Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007:  
Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge

17 2007/298

Interpellation von Regula Meschberger vom 29. November  
2007: "Fakten, Ereignisse, Erinnerungen", Bau- und Um-  
weltschutzdirektion 1994 - 2007

18 2007/250

Motion der Fraktion der Grünen vom 18. Oktober 2007:  
Einführung des passiven Stimm- und Wahlrechts ab 16  
Jahren

19 2008/025

Motion von Klaus Kirchmayr vom 24. Januar 2008: Stimm-  
und Wahlrecht ab Geburt

Nr. 617

**Begrüssung, Mitteilungen**

Landratspräsidentin **Esther Maag** (Grüne) begrüsst die Anwesenden herzlich zur letzten Sitzung in diesem Amtsjahr.

*Rücktritt von Landrätin Birgitta Rebsamen (CVP)*

«Geschätzte Frau Landratspräsidentin  
Geschätzte Mitglieder des Landrates

Im Juni letzten Jahres habe ich das Mandat als Landrätin der CVP für den Wahlkreis Arlesheim/Münchenstein als Nachrückende für den in die Regierung gewählten Peter Zwick übernommen. Dieses Amt habe ich gerne angetreten. Die Zusammenarbeit in der Fraktion und mit den Kolleginnen und Kollegen des Landrates, namentlich auch in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und in der Personalkommission, habe ich stets als angenehm und konstruktiv erlebt.

Inzwischen haben meine beruflichen Aufgaben allerdings ein Pensum erreicht, welches eine kontinuierliche und nachhaltige Mitwirkung im Landrat, in den Kommissionen und in der Fraktion nicht mehr ermöglicht. Zu den gestiegenen beruflichen Verpflichtungen kommen nun noch zeitintensive familiäre Beanspruchungen hinzu, welche sich nicht delegieren lassen.

Nach reiflicher Überlegung habe ich mich daher entschieden, meinen Rücktritt per Ende August 2008 bekannt zu geben und das Landratsmandat einer Person zur Verfügung zu stellen, welche dieser Aufgabe mehr Zeit widmen kann. Ich freue mich, dass als Nachrückende wiederum eine Frau aus Arlesheim in den Landrat einziehen wird. Beatrice Herwig wird das Amt nach der Sommerpause übernehmen, und ich wünsche ihr schon jetzt alles Gute und viel Erfolg bei der neuen Herausforderung.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass ich diese für mich nicht absehbare Entwicklung ausserordentlich bedaure, zumal mir die politische Arbeit Freude macht und ich die Kolleginnen und Kollegen im Landrat sehr schätze. Auch möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, für das mir entgegengebrachte Vertrauen herzlich zu danken. Mit den besten Grüssen

Birgitta Rebsamen»

*Filmaufnahmen während der Richterwahlen*

Die Landratspräsidentin hat Telebasel gestattet, während der Richterwahlen zu filmen.

*Parlamentarier-Sporttag am 16. Juni 2008 im 9. Stadion*

Die Landratspräsidentin teilt mit, dass der FC Landrat erst im Final gegen das Sportamt verloren habe, und meint dazu: "Hätte doch die Schweiz so gut abgeschnitten wie der FC Landrat!" Herzliche Gratulation!

**Geburtstage**

Fredy Gerber durfte am 6. Juni 2008 einen runden Geburtstag feiern. Nachträglich herzliche Gratulation! [*Applaus*]

**Entschuldigungen**

Piatti Aldo, Wiedemann Jürg

**Stimmzähler / Wahlbüro**

Die Landratspräsidentin schlägt vor

- als *Stimmzähler*:  
Urs Hess (Seite SP / Grüne)  
Jürg Degen (Seite FDP/ SVP)  
Hanspeter Frey (Mitte / Büro)
- für das *Wahlbüro*:  
Jacqueline Simonet  
Beatrice Fuchs  
Rolf Gerber

Dagegen gibt es keine Einwände.

*//: Damit sind die Vorschläge stillschweigend genehmigt.*

*Für das Protokoll:*

*Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei*

\*

Nr. 618

**Zur Traktandenliste**

**Madeleine Göschke** (Grüne) macht beliebt, das Traktandum 16 abzusetzen, da Postulant Jürg Wiedemann mit seiner Schulklasse in einem Lager weilt.

Dagegen werden keine Einwände erhoben.

*//: Damit ist das Traktandum 16 abgesetzt.*

*Für das Protokoll:*

*Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei*

\*

Nr. 619

**1 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009**

Nr. 620

**2 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009**

Landratspräsidentin **Esther Maag** (Grüne) teilt mit, dass die Traktanden 1 und 2 zusammen behandelt werden. Sie bittet die Fraktionen um Wahlvorschläge.

**Thomas de Courten** (SVP) erklärt, dass seine Fraktion einstimmig den amtierenden Vizepräsidenten zur Wahl als Präsident des Landrates für das kommende Amtsjahr vorschläge. Peter Holinger, der in all seinen Funktionen stets grossen Respekt und Anerkennung geniesst, stellt sich dieser Wahl. Er verfügt auch über die Statur und die Persönlichkeit, um das Amt als höchster Baselbieter für ein Jahr zu übernehmen.

Peter Holinger ist Einwohner und Bürger von Liestal, verheiratet und Vater dreier Kinder.

Als ausgelernter und unternehmerisch erprobter Sanitärmeister führt er das mittelständische Familienunternehmen seiner Eltern erfolgreich weiter; er beschäftigt 15 Mitarbeiter.

Seit Jahrzehnten engagiert sich Peter Holinger auch in der Lehrlingsausbildung. Als Unternehmer und Mann der Tat setzt er sich neben seiner Geschäftstätigkeit für seinen Berufsstand und das Gewerbe ein. Allerdings ist deutlich zu erwähnen, dass Peter Holinger sich im Hinblick auf das angestrebte verantwortungsvolle Landratspräsidentenamt im letzten Jahr bereits von zahlreichen Aufgaben entlastet hat, um dieses mit ausreichenden zeitlichen Reserven in Angriff nehmen zu können.

Peter Holinger ist seit zwanzig Jahren aktiv in der Politik tätig, zunächst als Einwohnerrat in der Legislative, dann als Stadtrat in der Exekutive. Seit 1995 ist er Mitglied des Baselbieter Landrates und damit bereits in seiner vierten Amtsperiode. In all seinen politischen Funktionen sucht Peter Holinger einen einvernehmlichen Lösungsweg, ohne dabei seine persönlichen und politischen Überzeugungen aufzugeben.

Peter Holinger hat im vergangenen Jahr bereits als Vizepräsident des Landrates zur Zufriedenheit aller geamtet – er verdient unser Vertrauen auch für das Präsidialjahr. Als höchster Baselbieter wird er unserem Parlament sicherlich mit einem gewissen Stolz, aber auch mit grosser Würde, vor allem aber mit Ruhe, einer erfahrenen Führungshand, mit ausgleichendem diplomatischem Geschick und mit der ihm eigenen Bescheidenheit vorsitzen. Die SVP empfiehlt Peter Holinger wärmstens zur Wahl.

Ihre Fraktion, so **Christine Mangold** (FDP), freue sich, den jetzigen Vizepräsidenten des Regierungsrates, Adrian Ballmer, zur Wahl als Regierungspräsident vorschlagen zu können.

Regierungsrat Adrian Ballmer ist seit dem Jahr 2000 im Amt und leitet seither die Finanz- und Kirchendirektion mit den Dienststellen Steuerverwaltung, Sozialamt, Personalamt, Statistisches Amt und mit der Fachstelle für Gleichstellung. Alle Dienststellen sind ihm wichtig, wie er in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt hat. Gesunde Finanzen sind Regierungsrat Ballmer ein wichtiges Anliegen. Er setzt sich dafür ein, dass Ausgaben immer wieder hinterfragt werden – wenn aber etwas notwendig ist, dann sollen die notwendigen Finanzen dafür gesprochen werden. Diese Haltung Regierungsrat Ballmers wird von der Baselbieter Bevölkerung wahrgenommen und geschätzt. Es ist für den Kanton Baselland mehr als erfreulich, dass der Landrat heute bereits zum dritten Mal eine Staatsrechnung mit einem positiven Betriebsergebnis wird genehmigen können. Dies ist nicht zuletzt Regierungsrat Ballmer zu verdanken. Er wird – davon ist die Fraktion überzeugt – zusammen mit seiner Regierungskollegin und seinen Regierungskollegen die solide und stetige Finanzpolitik fortsetzen.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Regierungsrat Adrian Ballmer zur Wahl zum Regierungspräsidenten.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) erklärt, wie wohl bekannt geworden sei, habe sich seine Fraktion mit dem Kandidaten für das Amt des Landratspräsidenten, Peter Holinger, befasst.

Im Rahmen erster Überlegungen gab es gewisse Vorbehalte, was sicherlich auch damit zusammenhing, dass vor einem Jahr entsprechende Vorbehalte gegenüber der amtierenden Landratspräsidentin, Esther Maag, bestanden hatten.

Die Grünen sind daher vor der Frage gestanden, wie sie in dieser Situation reagieren sollen. Sie sind einstimmig zum Schluss gekommen, dass solche Spielchen eines Landratspräsidentenamtes unwürdig sind und sie daher Peter Holinger voll unterstützen werden.

Nachdem die Wahlzettel ausgefüllt und vom Wahlbüro ausgezählt worden sind, gibt Landratspräsidentin **Esther Maag** (Grüne) folgende Wahlergebnisse bekannt:

*Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	88
Zahl der leeren Wahlzettel	11
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	77
Absolutes Mehr	39

*://: Gewählt ist mit 75 Stimmen Peter Holinger.*

*[Grosser Applaus und Blumen]*

*Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	88
Zahl der leeren Wahlzettel	4
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	84
Absolutes Mehr	43

*://: Gewählt ist mit 82 Stimmen Adrian Ballmer.*

*[Grosser Applaus und Blumen]*

*Für das Protokoll:*

*Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei*

**Peter Holinger** (SVP) bedankt sich mit der folgenden Ansprache für seine Wahl zum Landratspräsidenten 2008/09:

«Frau Landratspräsidentin  
Geschätzte Landrats-Kolleginnen und -Kollegen  
Frau Regierungspräsidentin,  
Herren Regierungsräte,  
Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne und von den Medien,  
Geschätzter Walter Mundschin und Alex Klee

Vorab möchte ich den Musikern vom Quartett der Musikschule Liestal unter der Leitung von Adriano de Iorio herzlich Danke sagen für die grosse Überraschung, welche die Stadt Liestal eingefädelt hat. *[Applaus]*

Ich bedanke mich ganz herzlich für die ehrenvolle Wahl zum Landratspräsidenten 2008/09 und insbesondere auch Klaus Kirchmayr für sein Votum.

Vor zwanzig Jahren, am 1. Juli 1988, habe ich hier in diesem Saal meinen politischen Start gehabt: Ich habe im Einwohnerrat der Stadt Liestal Einsitz genommen. Später habe ich als Stadtrat auf der Regierungsbank Platz genommen, dies bis vor zehn Jahren.

Vor 13 Jahren bin ich als Landrat gestartet, knapp drei Jahre lang war ich Stadt- und Landrat, habe also in diesem Saal zwei Funktionen ausgeübt.

Und jetzt bin ich zum Landratspräsidenten gewählt worden. Nochmals vielen Dank! Ich freue mich sehr auf dieses Amt.

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass ich seit rund sechzig Jahren der sechste Landratspräsident aus der Kantonshauptstadt bin:

- 2007/08: Esther Maag (Grüne); sie ist meine Vorgängerin.
- 1991/92: Werner Kunz (SP); mit ihm war ich zusammen im Stadtrat.
- 1979/80: Fritz Epple (SP); auch mit ihm war ich im Stadtrat.
- 1972/73: Eduard Riesen (FDP); er war mein Rektor an der Burg-Schule.
- 1950/51: Walter Zeller (BBP).

Seit einigen Jahrzehnten bin ich also wieder der erste bürgerliche Landratspräsident aus Liestal.

Als KMU-Inhaber stehe ich zu einer bürgerlichen und wirtschaftsfreundlichen Politik und als Lehrmeister zur dualen Ausbildung; sie hat sich bewährt. Die Lehrbetriebe sollten aber nicht übermässig belastet werden.

Landratspräsident werde ich aber für *alle* Menschen in diesem Kanton sein. Wie Ihr wisst, habe ich keine Berührungängste. Ich will offene Ohren für alle Anliegen haben, über die politischen Grenzen hinweg. Ich werde, wenn ich eingeladen werde und der Termin frei ist, auch z.B. zum VCS oder zu den Grünen gehen. Ich werde zu den Sportlern, zu kulturellen Veranstaltungen, zu Verbänden, Vereinen und Feierlichkeiten usw. gehen, wenn es die Agenda zulässt, ohne eine Auswahl zu machen.

Wie gesagt: Als Unternehmer in einem alten Liestaler KMU werden mir die Wirtschaft, das Gewerbe, die Dienstleister und der Handel natürlich sehr nahe stehen.

Ich werde mich meistens recht kurz halten, so auch heute, und komme deshalb zu den Schlussworten.

Ich danke nochmals herzlich für die Wahl zum Landratspräsidenten, ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit mit dem Büro und der Ratskonferenz, mit dem Regierungsrat, mit der Verwaltung und insbesondere auch mit der Landeskanzlei und allen anderen kantonalen Stellen.

Ich hoffe, Euch alle heute Abend am Fest auf dem Zeughausplatz begrüßen zu können.

Danke für die Aufmerksamkeit.»

*[Applaus]*

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

Nr. 621

#### 10 2008/144

#### **Berichte des Regierungsrates vom 27. Mai 2008: Ersatzwahl in den Bildungsrat für den Rest der Amtsperiode 2006 - 2010**

Keine Wortbegehren.

*://*: Der Landrat wählt einstimmig mit 85:0 Stimmen Beatrice Büschlen als Mitglied des Bildungsrates für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006 - 2010 (als Ersatz für den zurückgetretenen Roland Meury).  
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.19]

Verteiler:

- Beatrice Büschlen-Eger, Holeerain 6, 4102 Binningen
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

*Für das Protokoll:*

*Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei*

\*

Nr. 622

#### 11 2008/032

#### **Berichte des Regierungsrates vom 29. Januar 2008 und der Bau- und Planungskommission vom 5. Juni 2008: Bezirksschreiberei Liestal; Einmietung Schild-Areal**

Kommissionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) erklärt zur Ausgangslage, dass die Bezirksschreiberei Liestal heute suboptimal untergebracht sei, weshalb sich schon seit längerem eine neue Unterbringung aufdränge.

Es sind verschiedene Varianten geprüft worden. Im vergangenen August hat die Schild AG der BUD eine Mietlösung auf dem Schild-Areal angeboten. Die konkrete Prüfung hat ergeben, dass es sich um eine vorteilhafte Lösung handelt und das Mietangebot deutliche wirtschaftliche Vorteile hat.

Die jährliche Miete beträgt Fr. 540'000.–; hinzu kommen einmalige Ausbaurkosten von Fr. 380'000.–.

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

In der Detailberatung hat der Mietzins Fragen aufgeworfen. Das Hochbauamt konnte jedoch darlegen, dass der Mietzins in einem Quervergleich durchaus zu rechtfertigen und marktüblich ist.

Ein weiteres Thema in der Kommission war die Sicherheit. In der Bezirksschreiberei werden wichtige Dokumente aufbewahrt, und das Gebiet Schild-Areal ist nicht ganz hochwassersicher. Das Hochbauamt konnte darlegen, dass sowohl ausserhalb als auch innerhalb des Gebäudes Schutzmassnahmen getroffen werden, damit die Dokumente genügend gesichert sind.

Die Kommission beantragt einstimmig, dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

Der Handlungsbedarf bei der Bezirksschreiberei Liestal ist laut **Kathrin Schweizer** (SP) unbestritten. Die Villa Scholler ist für die Bezirksschreiberei, wie sich diese heute präsentiert, viel zu klein. Mit der Einmietung im Schild-Areal scheint eine gute Lösung gefunden worden zu sein,

damit die Bezirksschreiberei ihre Aufgaben wieder einwandfrei erfüllen kann und damit auch den Anforderungen an die Sicherheit und die Diskretion Rechnung getragen werden kann.

Die ÖV-Anbindung des Schild-Areals ist aber ungenügend – nicht nur für die Bezirksschreiberei. Auch die Villa Scholer war zwar nicht optimal erschlossen; die Distanz zur nächstgelegenen ÖV-Haltestelle wird aber mit dem Umzug ins Schild-Areal nochmals grösser. Eine bessere Anbindung des ganzen Schild-Areals muss daher im Zusammenhang mit dem nächsten Leistungsauftrag ÖV genauer betrachtet werden.

Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

**Gerhard Hasler** (SVP) bemerkt, in der Fraktion seien die sich in letzter Zeit häufenden Einmietungen der kantonalen Verwaltung diskutiert worden; die Unterbringung in Mietliegenschaften soll nicht zur Regel werden. Langfristig könnte dies einen Pferdefuss haben, weil die Kosten ständig steigen und auf Veränderungen in der Verwaltung weniger flexibel reagiert werden kann.

Auch der Hochwasserschutz wurde in der Fraktion angesprochen; diese ist mit den geplanten Massnahmen einverstanden. Es ist zu appellieren, dass beim Ausbau alle Möglichkeiten auch wirklich ausgeschöpft werden.

Die SVP-Fraktion steht hinter der Vorlage und stimmt dieser zu.

**Hanspeter Frey** (FDP) teilt mit, dass auch seine Fraktion voll und ganz hinter der Vorlage steht.

Die Fraktion findet die präsentierte Lösung gut, steht doch damit das Areal am heutigen Standort für andere, grössere Planungen des Kantons zur Verfügung. Im Weiteren hat sich gezeigt, dass das Bauvolumen für einen eigenen Neubau zu gering ist.

Nachholbedarf sieht die Fraktion bei der ÖV-Erschliessung des neuen Standortes. Zwar handelt es sich nicht um eine sehr publikumsintensive Amtsstelle, aber nach Meinung der Fraktion können noch Verbesserungen erzielt werden, indem man der ÖV-Erschliessung im Rahmen des Leistungsauftrages Beachtung schenkt.

Die Kosten sind marktüblich und haben allen Quervergleichen standgehalten. Bezüglich des energietechnischen Ausbaustandards ist es eine gute Lösung, handelt es sich doch um eine Haus-in-Haus-Variante.

Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte ist die Fraktion einstimmig für die Vorlage und die entsprechenden Kredite.

Wie **Elisabeth Schneider** (CVP) mitteilt, stimmt die CVP/EVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zu. Die Fraktion bittet, ein besonderes Augenmerk auf den Hochwasserschutz zu richten.

**Isaac Reber** (Grüne) gibt bekannt, dass seine Fraktion Zustimmung zu diesem Geschäft signalisiert.

**Regierungsrat Jörg Krähenbühl** (SVP) dankt für die positive Aufnahme des Geschäftes und freut sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksschreiberei, dass ihnen eine schnelle Lösung geboten werden kann, um die zum Teil prekären Arbeitsbedingungen zu ändern. Zur Kritik wegen der ungenügenden ÖV-Erschliessung ist zu sagen, dass die BUD sicherlich entsprechende Möglichkeiten für eine bessere Anbindung der Bezirksschrei-

berei und des gesamten Schild-Areals an den öffentlichen Verkehr prüfen wird.

Die Bezirksschreiberei arbeitet sehr kundenorientiert und scheut sich nicht, ihre Kunden wenn nötig aufzusuchen. Deshalb wird die Bezirksschreiberei sicherlich Hand bieten, damit es nicht zu einem Stau kommen wird.

Keine weiteren Wortbegehren.

#### Detailberatung

Titel und Ingress  
Ziffern 1 – 3

*keine Wortbegehren*  
*keine Wortbegehren*

Rückkommen wird nicht verlangt.

*://*: Der Landrat stimmt dem unveränderten Landratsbeschluss über die Einmietung der Bezirksschreiberei Liestal im Schild-Areal mit 83:0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 09.28]

#### Landratsbeschluss

#### **betreffend Bezirksschreiberei Liestal; Einmietung Schild-Areal**

vom 19. Juni 2008

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *Der Einmietung der Bezirksschreiberei Liestal im Schild Areal Liestal wird zugestimmt und die jährliche Miete (Nettomiete inkl. Betriebs- und Nebenkosten) von CHF 540'000.- zu Lasten Konto 2320.316.10.00 wird bewilligt.*
2. *Der Ausstattung der Mieträume mit Mobiliar und den zusätzlichen Einrichtungselementen als einmalige Ausgabe wird zugestimmt und der erforderliche Einrichtungskredit von CHF 380'000.- wird bewilligt. Die Kosten Mobiliar sind dem Konto 2320.311.10 und Umzüge dem Konto 2320.318.40 zu belasten.*
3. *Die Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31, Absatz 1, Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.*

*Für das Protokoll:*

*Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei*

\*

Nr. 623

#### 12 2008/059

#### **Berichte des Regierungsrates vom 11. März 2008 und der Finanzkommission vom 26. Mai 2008: Anmelde- und Registergesetz (ARG). 2. Lesung**

Kommissionspräsident **Marc Joset** erinnert daran, dass der Landrat anlässlich der ersten Lesung die Paragraphen 14 und 15 zurückgestellt hat, weil noch Fragen betreffend den Datenschutz zu klären waren.

Die Finanzkommission hat sich an ihrer letzten Sitzung am 11. Juni nochmals mit der Vorlage beschäftigt und sich von der Datenschutzbeauftragten, Ursula Stucki, und

von Daniel Schwörer, FKD, informieren lassen.

Die Datenschutzbeauftragte wies die Kommission darauf hin, dass der Ausdruck "Tarifverbund" in § 14 Abs. 2 Bst. g zu wenig präzise sei, da der Tarifverbund Nordwestschweiz fünf Kantone und sieben – zum Teil private – Transportunternehmen der ganzen Region umfasse. Die Kommission hat mit 11:1 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, den Gesetzestext minimal abzuändern.

Sie schlägt für § 14 Abs. 2 Bst. g folgende Präzisierung vor: "die Geschäftsstelle des Tarifverbundes Nordwestschweiz" (statt lediglich "der Tarifverbund Nordwestschweiz"). Damit wird klarer, wer die Daten des Einwohnerregisters abfragen und den Personenidentifikator nutzen darf.

Die Kommission hat zudem beschlossen, im jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Änderungen in der Vorlage vorzunehmen, weil die Registerharmonisierung dringend auf dieses Gesetz angewiesen ist und weil einzelne Fragen bei der Beratung des Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG) vertieft behandelt werden können. Der Entwurf zum IDG, durch welches unter anderem auch das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt wird und das auch gewisse Regeln zum Online-Verfahren beinhaltet, wird demnächst in die Vernehmlassung gehen.

Die Kommission hat auch darüber diskutiert, ob der Begriff der "besonderen Personendaten" in das Gesetz aufgenommen werden solle, wie dies in den Kantonen Bern und Aargau der Fall ist. Das neue Datenschutzgesetz regelt aber bereits die besonderen Personendaten, und für die Bearbeitung dieser Daten wird ausdrücklich eine gesetzliche Grundlage verlangt. Aus diesem Grund ist die Kommission zum Schluss gekommen, dass im ARG eine allgemeine Norm, in der auf das Datenschutzgesetz verwiesen wird, genügt. Dieser Hinweis findet sich bereits im ersten Entwurf zum ARG unter § 16 Abs. 1: "Alle Tätigkeiten unterstehen der kantonalen Gesetzgebung über den Datenschutz."

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat, dem ARG – mit der erwähnten Änderung von § 14 Abs. 2 Bst. g – zuzustimmen.

Keine Wortbegehren.

#### Detailberatung

Titel und Ingress	<i>keine Wortbegehren</i>
A. Allgemeine Bestimmungen §§ 1 – 3	<i>keine Wortbegehren</i>
B. Meldungen §§ 4 – 8	<i>keine Wortbegehren</i>
C. Kantonales Personenregister §§ 9 – 17	<i>keine Wortbegehren</i>
D. Schlussbestimmungen §§ 18 – 24	<i>keine Wortbegehren</i>

Rückkommen wird nicht verlangt.

#### Schlussabstimmung

://: Der Landrat beschliesst das Anmeldungs- und Registergesetz (ARG) einstimmig mit 76:0 Stimmen. Das 4/5-Mehr ist damit erreicht; es bedarf keiner Volksabstimmung.

[Namenliste einsehbar im Internet; 09.34]

#### Beilage 1 (Gesetzestext)

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

\*

Nr. 624

### 3 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009

Nr. 625

### 4 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009

**Christine Mangold** (FDP) empfiehlt namens der freisinnigen Fraktion Hanspeter Frey zur Wahl als Vizepräsident des Landrates. Er gehört dem Rat seit 1995 an und hat sich in verschiedenen Kommissionen vertiefte Kenntnisse aneignen können: So war er Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und der Umweltschutz- und Energiekommission sowie der Spezialkommission zur Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs und der Spezialkommission Öffentliches Beschaffungswesen; heute sitzt er in der Bau- und Planungskommission und bringt sich dort aufgrund seines beruflichen Hintergrundes sehr engagiert ein. Weil er aber auch über die Kantonsgrenzen hinaus Bescheid wissen möchte, gehört er seit Juli 2007 auch dem Oberrheinrat an.

Wichtige Kenntnisse für das Amt des Landrats-Vizepräsidenten hat sich Hanspeter Frey vor allem als Büromitglied seit 2005 aneignen können. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass er zusammen mit dem neuen Landratspräsidenten Peter Holinger den Kanton würdig vertreten wird.

**Ruedi Brassel** (SP) hat die Ehre, dem Landrat Urs Wüthrich zur Wahl als Regierungsvizepräsident vorzuschlagen. Er ist seit 2003 Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und hat einige ganz gewichtige Geschäfte angeschoben, beschleunigt und verwirklicht, darunter mit der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel einen der ganz grossen Würfe der letzten Legislatur. Seine initiative und dynamische Art kann Urs Wüthrich in der ganzen Regierung einbringen, und beim Hürdenlauf durch den politischen Alltag beweist er immer Sportsgeist. Auch sein kultureller Horizont reicht weit über die Tätigkeit in der Regierung hinaus, pflegt er doch gerne Begegnungen mit der Bevölkerung im Bemühen, die Kultur im Kanton weiter zu verankern.

Urs Wüthrich engagiert sich auch im Bereich der Bildung – nicht nur für die «Gute Schule Baselland», sondern auch für die Team-Bildung innerhalb des Regierungsgremiums.

Nachdem die Stimmzähler die Stimmzettel verteilt und dann wieder eingesammelt haben und das Wahlbüro die Stimmen ausgezählt hat, gibt **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) folgende Resultate bekannt:

*Wahl des Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	87
Zahl der leeren Wahlzettel	9
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	78
Absolutes Mehr	40

://: Gewählt ist mit 71 Stimmen Hanspeter Frey.  
[Applaus]

*Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	88
Zahl der leeren Wahlzettel	18
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	70
Absolutes Mehr	36

://: Gewählt ist mit 64 Stimmen Urs Wüthrich.  
[Applaus]

*Für das Protokoll:*  
*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

Nr. 626

### 13 2008/079

#### **Berichte des Regierungsrates vom 18. März 2008 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2008: Staatsrechnung 2007**

**Marc Joset** (SP), Präsident der Finanzkommission, berichtet, der Abschluss der Staatsrechnung falle positiv aus. Die Finanzkommission ist darüber erfreut. Das Ergebnis ist einerseits auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen, andererseits aber auch auf die gute Arbeit der Direktionen und Dienststellen.

Die Laufende Rechnung für das Jahr 2007 schliesst deutlich besser ab als budgetiert.

Das Ergebnis wurde durch folgende Faktoren beeinflusst:

- Zusätzliche Steuererträge aus den Vorjahren. Insgesamt liegen die Erträge aus dem Bereich Steuern um gut 80 Mio. Fr. über den Erwartungen.
- Mehreinnahmen aus Pflögetaxen und Erträgen aus medizinischen Leistungen.
- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand.
- Bildung von diversen Rückstellungen für die Behebung von Altlasten.
- Einlage in die Fonds «Campus FHNW/Uni» und «Neubau Kantonsspital Bruderholz».

Die für die Wirtschaft und das Gewerbe massgebenden Investitionen im weiteren Sinn sind im Jahr 2007 deutlich angestiegen.

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beläuft sich auf 111,5% und überschreitet somit deutlich den empfohlenen Wert, wonach im mehrjährigen Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75% zu erreichen ist.

Das Eigenkapital hat sich erhöht, und damit wird das Polster zur Abfederung von Defiziten in konjunkturell schlechten Phasen vergrössert.

Die Finanzkontrolle empfiehlt die Genehmigung der Staatsrechnung 2007 ohne jegliche Einschränkung. Sie weist allerdings auf folgende zwei Sachverhalte hin:

- Unterdeckung der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Der Regierungsrat beabsichtigt, diese Deckungslücke mittel- bis langfristig zu schliessen. Dafür bestehen Rückstellungen im Gesamtbetrag von CHF 241 Mio.
- Rückstellungen für Umweltschäden (für Risiken, für die der Kanton Basel-Landschaft direkt oder subsidiär haftbar gemacht werden könnte). In diesem Bereich könnte noch einiges auf den Kanton zukommen.

Die Finanzkommission hat sich mit dem Internen Kontrollsystem (IKS) und seinen Mängeln auseinandergesetzt. Ein Teil davon soll im Rahmen des ERP-Projektes erledigt werden. Es braucht einheitliche und klare Richtlinien für alle Direktionen und Gerichte. Dies hängt aber auch davon ab, wie Gesetze und Weisungen in der eher dezentral organisierten Verwaltung durchgesetzt werden können. Die Kommission wird dieses Thema demnächst separat behandeln.

Die Staatsrechnung wurde wie immer von den vier Subkommissionen im Detail geprüft. Die gestellten Fragen wurden von den zuständigen Verwaltungsstellen kompetent, umfassend und rasch beantwortet. Alle Subkommissionen stellen erfreuliche Abschlüsse der entsprechenden Direktionen fest.

Erfreulich ist, dass nicht nur sämtliche Kantonsspitäler besser abschneiden als budgetiert, sondern auch die Kantonalen Psychiatrischen Dienste.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig, die Staatsrechnung 2007 zu genehmigen.

#### – *Eintretensdebatte*

«Dem Kanton geht es gut – lasst uns jammern!» – So umschreibt **Ruedi Brassel** (SP) das Rechnungsergebnis des Kantons.

Selbstverständlich steht der Kanton zurzeit in einer Phase guter Abschlüsse; weniger selbstverständlich ist, dass dies so weitergeht. Aber der aktuelle Abschluss ist erfreulich und selbst nach einigen Rückstellungen deutlich besser als budgetiert.

Die Steuererträge sind um 5,8 % höher als errechnet – ein Indiz für die gute Konjunktur. Allerdings muss man dabei in Betracht ziehen, dass der Steuerertrag von natürlichen Personen um 3,2 % gesunken ist im Vergleich zur Rechnung 2006. Das bedeutet, dass trotz besserer Konjunktur die Steuersenkungen zu Ertragsausfällen geführt haben. Angesichts dieses Umstandes und weil das Konjunktur-Hoch nicht ewig dauern wird, kommen weitere Steuersenkungen nicht mehr in Frage. Denn nun müssen jene Reserven gebildet werden, die bei einer schwächeren Konjunktur nötig sind, um die Investitionsvorhaben, die dann

umgesetzt werden müssen, realisieren zu können.

Der Kanton verfügt über ein leicht erhöhtes Eigenkapital, das einen relativ ruhig in die Zukunft blicken lässt. Aber dennoch braucht es auch auf der Seite der Steuereinnahmen eine gewisse Disziplin und nicht nur bei den Ausgaben.

Im Bereich Altlasten und Umweltschäden können auf den Kanton heute noch nicht absehbare Kosten zukommen, die der Bevölkerung gegenüber legitimiert werden müssen.

In Sachen Pensionskasse bleibt die Berichterstattung der Regierung abzuwarten. Die Situation ist nach Ansicht der SP-Fraktion nicht allzu dramatisch.

Der Personalaufwand ist um 1,9 % geringer als budgetiert. Das heisst, dass beim Personal nun, insbesondere nach dem im Rahmen von GAP nicht ausgerichteten Teuerungsausgleich, ein grosser Nachholbedarf. Die Regierung und das Parlament müssen entschiedene Schritte unternehmen. Nur so kann verhindert werden, dass sich im Personal wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer stärkere Abwanderungsgelüste breit machen. Wenn die Sparschraube nicht bald gelockert wird, geht dem Kanton so viel *Know-how* verloren. Mit entsprechenden Vorstössen für Reallohnerhöhungen und bessere Ferienregelungen ist seitens der SP demnächst zu rechnen.

Die SP-Fraktion kann sich den Anträgen der Finanzkommission anschliessen und bittet, die Staatsrechnung zu genehmigen.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) konstatiert erfreut, die Staatsrechnung 2007 schliesse mit einem Überschuss von CHF 22,5 Mio. anstatt mit einem budgetierten Verlust von CHF 9 Mio. ab, also um CHF 31,5 Mio. besser als budgetiert. Dieser gute Rechnungsabschluss hängt natürlich stark mit der konjunkturellen und wirtschaftlichen Situation zusammen. Der Überschuss würde eigentlich über CHF 130 Mio. betragen, zählt man die getätigten Rückstellungen oder Fondseinlagen dazu.

Es ist erfreulich, dass weitere Rückstellungen von CHF 25 Mio. in den Fonds für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz und von CHF 50 Mio. in den Fonds Campus Fachhochschule/Uni haben getätigt werden können. Auch die weiteren Rückstellungen (Prozessrisiken, Altlasten, IV) sind mit CHF 33,1 Mio. sehr ansehnlich.

Der ausgewiesene Gewinn von CHF 22,5 Mio erhöht schliesslich das Eigenkapital auf CHF 208,1 Mio., was grundsätzlich positiv ist, aber nicht darüber hinweg täuschen darf, dass das nun bestehende Polster von CHF 108 Mio. bis zum Mindesteigenkapital von CHF 100 Mio., das für das Wirksamwerden der Defizitbremse ausschlaggebend wäre, nicht gerade wahnsinnig gross ist. Die bestehenden Rückstellungen bzw. Vorfinanzierungen können zwar einen Beitrag zur Abfederung der zukünftigen Investitionskosten leisten, bei der Fülle und Grösse der anstehenden Projekte muss man sich aber im klaren darüber sein, dass die zweckgebundenen Fonds noch nicht sehr hoch alimentiert sind und die tatsächlichen Kosten weit höher ausfallen werden. Die Beanspruchung der Fonds setzt im übrigen die Genehmigung eines entsprechenden Verpflichtungskredits durch den Landrat voraus. Bei den weiteren Rückstellungen fällt auf, dass richtigerweise eine Reserve von CHF 5 Mio. für Risiken im Bereich Kontaminierungen und Umweltschäden, für die der Kanton haftbar gemacht werden könnte, gebildet worden

ist. Auch hier dürften vermutlich höhere Beträge anfallen, wenn das angekündigte Altlastenkataster vorliegt.

Nicht zuletzt sei auch noch die nach wie vor bestehende und in der Bilanz nicht erfasste Deckungslücke bei der BLPK von CHF 367,3 Mio. per Ende 2007 erwähnt. Mit den bestehenden Rückstellungen könnte der auf den Kanton als Arbeitgeber zufallende Betrag der Deckungslücke von CHF 234,2 Mio. allerdings praktisch vollumfänglich sichergestellt werden.

Die Finanzkontrolle bemängelt in ihrem Bericht zurecht die fehlende Systematisierung und Dokumentation des Internen Kontrollsystems (IKS). Mehrere Beanstandungen im Prüfungsbericht der Finanzkontrolle lassen sich mit Mängeln des IKS erklären. Es ist wirklich an der Zeit, hier eine Verbesserung herbeizuführen. Im Rahmen des ERP-Projektes soll dies auch geschehen. Noch in diesem Jahr muss ein entsprechendes Projekt von der Regierung präsentiert werden.

In der Laufenden Rechnung haben sich Aufwand und Ertrag gegenüber dem Budget 2007 relativ stark erhöht – der Ertrag zum Glück etwas stärker als der Aufwand. Aber Budget und Rechnung klaffen doch relativ stark auseinander.

Erfreulich ist die Zunahme der Steuererträge gegenüber dem Budget mit CHF 81,1 Mio., davon CHF 23,9 Mio. zusätzliche Steuererträge aus Vorjahren. Insgesamt konnte das Vorjahresniveau der gesamten Steuereinnahmen von CHF 1,475 Mrd. gehalten werden, was in Anbetracht der wirksam gewordenen steuerlichen Entlastung von Familien und Personen mit tiefen Einkommen, die einen Ausfall von CHF 29 Mio. bei den natürlichen Personen zur Folge hatte – gerechnet wurde ursprünglich mit CHF 40 Mio. –, doch nicht ganz erwartet werden konnte. Teilweise konnten die Ausfälle somit mit CHF 11 Mio. vermeintlich schon kompensiert werden. Eine ganz genaue Aussage ist hier seriöserweise noch nicht möglich. Die gute Wirtschaftslage hat auch bei der Vermögenssteuer und bei den juristischen Personen zu höheren Erträgen geführt. Bei der Verkehrssteuer hat sich die Aufhebung des Steuerrabatts für den Bau der H2 mit zusätzlich CHF 19 Mio. niedergeschlagen. Die Autofahrer hoffen natürlich, bald auch vom Nutzen dieser *De-facto*-Steuererhöhung profitieren zu können.

Die Unternehmenssteuerreform ist im Berichtsjahr 2007 noch nicht wirksam geworden.

An die Uni Basel wurde im Jahr 2007 ein Globalbeitrag von CHF 157,5 Mio. geleistet worden – *notabene* von einem (immer noch) Nicht-Hochschulkanton. 1994 waren es noch CHF 75 Mio.

Insgesamt hat der Kanton Basel-Landschaft CHF 263 Mio. an Beiträgen für gemeinsame Aufgaben an den Kanton Basel-Stadt geleistet. Daran wird sich wohl bei der herrschenden Zusammenlegungsmanie und der nicht immer von allen gewollten Bildung von gemeinsamen Trägerschaften auch in Zukunft kaum etwas ändern.

Die gesamten Investitionskosten sind um CHF 12 Mio. auf CHF 257 Mio. angestiegen. Das lokale Gewerbe und die Wirtschaft haben davon erfreulicherweise profitieren können.

Der Personalaufwand nimmt weiter zu. 70 Stellen waren Ende 2007 mehr besetzt als Ende 2006. Der Stellenzuwachs resultiert bei den Gerichten, den Spitälern und den Lehrpersonen. Eine Entwicklung, nach deren Ursachen kritisch zu fragen sein wird und die es wachsam zu verfolgen gilt.

Die Selbstfinanzierung hat 2007 erfreulicherweise zur vollständigen Finanzierung der Nettoinvestitionen ausgereicht. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 111,5 % und liegt somit weit über dem anvisierten Ziel von mindestens 75 % im mehrjährigen Durchschnitt.

Die SVP-Fraktion ist mit der Rechnung 2007 grundsätzlich zufrieden. Es ist eine Rechnung, die in Bezug auf den ausgewiesenen Ertragsüberschuss die Handschrift des Finanzdirektors trägt: Nur möglichst wenig Überschuss ausweisen, um keine allzu grossen Begehrlichkeiten aufkommen zu lassen.

Mit Blick auf die Zukunft kann gerne zur Kenntnis genommen werden, dass die nachhaltige Finanzpolitik weitergeführt werden soll und dass bei Ausbau und Übernahme von neuen Aufgaben und Leistungen konsequente Zurückhaltung geübt werden soll. Andererseits muss der Kanton im Steuerwettbewerb auch bestehen und Korrekturen, wo nötig, anbringen können. Handlungsbedarf besteht besonders bei der Vermögenssteuer. Ein entsprechender Vorstoss ist hängig.

Mit dem Dank an alle, die zu diesem erfreulichen Ergebnis und zum Fortbestand des AAA-Ratings beigetragen haben, tritt die SVP-Fraktion auf die Vorlage ein. Es wird weiterhin grosse Anstrengungen brauchen, insbesondere vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur, um auch in Zukunft gut wirtschaften und eine ausgeglichene Staatsrechnung präsentieren zu können. An der SVP soll es nicht liegen. Die Fraktion stimmt der Staatsrechnung 2007 zu.

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) bittet ironisch darum, die staatstragenden Reden zur Staatsrechnung auf möglichst unter zwölf Minuten zu straffen. *[Heiterkeit]*

**Daniela Schneeberger** (FDP) versucht, nicht nochmal alles zu wiederholen, was bereits einmal wiederholt worden ist. *[Heiterkeit]*

Das positive Ergebnis der Staatsrechnung 2007 freut natürlich auch die FDP-Fraktion. Zum dritten Mal in Folge schliesst der Kanton seine Rechnung mit einem Mehretrag ab. In den vergangenen Jahren konnte er von einer guten Wirtschaftslage profitieren. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist innert zweier Jahre um 3 % gewachsen. Diese Entwicklung hat sich auf den Steuerertrag positiv ausgewirkt.

Die Ausgabendisziplin und der haushälterische Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sorgen dafür, dass der Aufwand im Griff behalten werden konnte. Die freisinnige Fraktion wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass dies so bleibt. Sie wird auch weiterhin sämtliche Begehren um Aufstockung oder Kostenvermehrungen von Fall zu Fall beurteilen und alle Sparmöglichkeiten ausschöpfen.

Der Regierungsrat stellt in seiner Würdigung der Staatsrechnung zurecht fest, dass trotz des guten Abschlusses der Handlungsspielraum für neue Aufgaben begrenzt sei. Der weitere Konjunkturverlauf ist unsicher. Gerade im laufenden Jahr ist mit einer Wachstumsverlangsamung zu rechnen. Die teils dramatische Teuerung der Rohstoffe wird sich negativ auswirken und verschiedene wirtschaftliche Unsicherheiten hervorrufen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, auch in Zukunft auf eine konsequente Ausgabendisziplin zu achten, und zwar ausnahmslos in allen Direktionen und Dienststellen. Auch die FDP-Fraktion steht voll hinter den nächsten anstehenden Steuerreduk-

tionen.

Dem Kanton stehen grosse Investitionsvorhaben bevor, die künftige Rechnungen belasten werden. Die in diesem Zusammenhang getätigten Rückstellungen und Fondseinlagen sind nicht nur betriebswirtschaftlich richtig, sondern auch ordnungspolitisch; und zudem müssen solche Rückstellungen dann vorgenommen werden, wenn der Kanton es sich leisten kann: also in guten Zeiten.

Die FDP-Fraktion erwartet von der Regierung, dass sie sich der von der Finanzkontrolle aufgezeigten Probleme annehmen, geeignete Instrumentarien schaffen bzw. die nötigen Anpassungen auf Gesetzesstufe vorschlagen möge, damit künftig eine verwaltungsweite Durchsetzung von Richtlinien und Weisungen gewährleistet ist. Solche Vereinheitlichungen werden sich mit Sicherheit auch positiv in künftigen Staatsrechnungen niederschlagen.

Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung für ihren positiven Beitrag zur Staatsrechnung und insbesondere dem Finanzdirektor – an dieser Stelle herzliche Gratulation zum «Bombenresultat» bei der Wahl zum Regierungspräsidenten! *[Heiterkeit]* – sowie der Finanzverwaltung für die umsichtige und vorausschauende Finanzpolitik. Die freisinnige Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt der Staatsrechnung zu.

**Thomi Jourdan** (EVP) reiht sich in das mediale Schaukasten ein und gibt der Freude der CVP/EVP-Fraktion über das vorliegende Rechnungsergebnis Ausdruck *[Heiterkeit]*. Er dankt der Regierung, aber auch allen Verwaltungsmitarbeitenden herzlich für ihre geleistete Arbeit. Hinter den Zahlen stehen viele Menschen, die sich mit viel Fachkenntnis, Engagement und Kreativität zum Wohl der Bevölkerung einsetzen.

Der Überschuss ist umso erfreulicher, als doch so manches «Millionchen» in Fonds für die FHNW und für das Bruderholzspital geflossen ist.

Das Resultat ist erst recht bemerkenswert, weil im letzten Jahr ein Entlastungsprogramm für Familien, Rentner und Menschen mit tieferem Einkommen verkräftet werden konnte. Der Kanton steht also finanziell auf solidem Fundament. Dennoch darf man nicht vergessen, dass die Wirtschaft zurzeit wächst. Die Bewährungsprobe, auch für den Landrat, kommt erst, wenn die Konjunktur und damit die Steuereinnahmen eines Tages wieder ins Stocken geraten. Es gibt im Moment keinen Anlass für grössere Begehrlichkeiten, besonders in Anbetracht der in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen.

Im Rahmen der landrätlichen Diskussion zur Staatsrechnung 2005 wurde intensiv über eine Rückstellung hinsichtlich der Deckungslücke bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse diskutiert. Damals sagte Regierungsrat Adrian Ballmer, diese Rückstellung werde nicht im vollen Umfang dessen, was es zur Deckung dieser Lücke brauche, getätigt, um so nicht den Eindruck zu erwecken, der Arbeitgeber sei gewillt, die volle Schuld zu übernehmen. Damals wurde für 2006 ein Sanierungskonzept in Aussicht gestellt. Dieser Bericht liegt noch nicht vor. Inzwischen hat sich die Deckungslücke dank der guten *Performance* der BLPK verringert und somit auch jener Beitrag, den eines Tages der Kanton ausfinanzieren müsste. Inzwischen sind die Rückstellungen schon grösser als der zur Ausfinanzierung nötige Beitrag. Müssen deswegen nun Rückstellungen aufgelöst werden?

Es ist zu begrüssen, dass dank des guten Resultats die Schuldenbremse in weitere Ferne gerückt ist; dennoch

war es ein weiser Entscheid, dieses Instrument einzuführen.

Es wird immer wieder auf die 75 % Selbstfinanzierungsgrad verwiesen. Dieser Wert ist aber nicht gottgegeben; er dürfte durchaus öfter – wie dieses Jahr – über 100 % liegen.

Die Spitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste haben um über CHF 15 Mio. besser abgeschlossen als budgetiert; sie haben eine hervorragende Arbeit geleistet. Die CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Rechnung zu.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

*Fortsetzung*

Folgend **Klaus Kirchmayr** (Grüne) muss das Resultat wirklich ein Gutes sein, wenn sich gar die Oppositionspartei damit zufrieden erklären kann. Die Staatsrechnung ist hervorragend und die Gründe dafür wurden von den Vorrednern schon aufgeführt. Zwei Punkte sollen dennoch angesprochen werden: Die Konjunktur einerseits, denn die Abhängigkeit einer guten Staatsrechnung von der boomenden Wirtschaft wird transparent. Andererseits haben der Finanzdirektor "und seine Crew" die Finanzen zudem wahrhaft gut im Griff. Es wird vorausschauend gearbeitet und Reserven sind vorhanden, wobei der Finanzdirektor diese "unter dem Deckel" zu halten versucht, um Begehrlichkeiten zu verhindern.

Dennoch gibt es Punkte, die Klaus Kirchmayr in Zukunft in der Staatsrechnung Sorgen bereiten könnten:

- Investitionen: Der Selbstfinanzierungsgrad wurde angesprochen und es herrscht ein Konsens, dass sich dieser auf einem guten Niveau befindet. Auch besteht ein Konsens, dass Raum für weitere Investitionen besteht. Sorge bereitet aber, dass diese Investitionen zu sehr in kurzfristige Anliegen und zu wenig in nachhaltige, ertragreichere Projekte fliessen sollen. Es ist ein Ruf nach Reduktion der Schulden und Abbau von Steuern zu hören. Für Klaus Kirchmayr sind das keine intelligenten Investitionen. Fängt eine Firma an, Kapital zurückzuzahlen, dann ist das in aller Regel ein Zeichen für Vorsicht, weil dem Management die Ideen zur Verbesserung des Kerngeschäfts ausgehen. Die Regierung soll ermuntert sein, etwas visionärer mit den Investitionen umzugehen und sich bewusst für nachhaltige Investitionen zu engagieren. Ein Beispiel ist das in der letzten Sitzung des Landrats einstimmig angenommene Programm zur Förderung einer nachhaltigen Energienutzung und der erneuerbaren Energien. Klaus Kirchmayr sieht noch mehr Möglichkeiten für solche Programme und denkt, dass diese auch aus der Regierung kommen dürften.
- Verhältnis Kanton - Gemeinden: Mit der Neuverhandlung des Finanzausgleichs ist ein grosses Projekt im Gange. Bewusst sein muss man sich, dass der Kanton nur einen Teil der Staatsausgaben widerspiegelt. Auch die Gemeinden führen mittlerweile beachtliche Volumina in ihren Budgets. Sorgen bereitet, dass der Kanton in den kleinen Gemeinden als wie mehr Aufgaben übernehmen muss und auch Begehrlichkeiten aufkommen. Bei den grossen Gemeinden hingegen

wächst die Unzufriedenheit über die Einzahlungen in den Finanzausgleich. Dieser Umstand birgt längerfristig ein strukturelles Risiko für die Finanzen. Den Finanzausgleich auf einer sauberen, gesunden Basis zu errichten ist umso wichtiger. Dieses Projekt wird den Landrat in der kommenden Zeit beschäftigen.

Klaus Kirchmayr dankt dem Finanzdirektor, der Finanzverwalterin und deren Team für die gute Arbeit. Ferner sei der Regierung für die Wahrung der Ausgabendisziplin gedankt. Die Grüne Fraktion ermuntert aber dennoch zum visionärerem Umgang mit den Ausgaben.

**RR Adrian Ballmer** (FDP) dankt für die gute Aufnahme der Vorlage und das ihm entgegengebrachte Vertrauen mit der Wahl zum Regierungspräsidenten. Das Wahlergebnis war für Adrian Ballmer doch überraschend.

Da der Landrat seine Zufriedenheit mit den Finanzen bekundete, möchte der Regierungsrat anstelle von 30 Minuten nur 3 Minuten referieren. Auf eine inhaltliche Würdigung des Rechnungsergebnisses kann verzichtet werden, da dies bereits die Vorredner taten.

Zur Bemerkung von Hans-Jürgen Ringgenberg zum IKS: Der Projektleiter für das IKS, Thomas Hamann, sitzt auf der Tribüne. Er hörte sicherlich aufmerksam mit. Es handelt sich um ein wichtiges Projekt, welches entsprechend vorangetrieben werden soll. Ein Endtermin liegt bereits vor, denn bis zum ERP-Projekt muss es abgeschlossen sein.

Zur Bemerkung Thomi Jourdans zur Deckungslücke der Pensionskasse: Ist eine Rückstellung zu gross und wird sie nicht gebraucht, dann wird sie natürlich aufgelöst. Die Deckungslücke reduzierte sich von 378 Mio. Franken auf 367 Mio. Franken. Die Rückstellung beträgt 241 Mio. Franken, was dem Kantonsanteil an der Deckungslücke von 63% entspricht. Die Rückstellung ist demnach nicht zu hoch. Da die Pensionskasse eine strukturelle Unterfinanzierung aufweist, darf man zudem nicht annehmen, dass dieses Defizit von selbst verschwindet. Man muss gar davon ausgehen, dass es zu Jahresende grösser sein wird, wenn sich die Börse nicht mehr wesentlich verändert. Der Bericht zur BLPK sollte nach den Sommerferien in der Regierung, im Verwaltungsrat der BLPK und mit den ABP (Personalverbände) behandelt werden. Danach wird er in die öffentliche Vernehmlassung gehen, bevor er ans Parlament gelangt.

Zu Klaus Kirchmayr: Man ist zwar bemüht, Rückstellungen zu tätigen, wobei alles transparent ausgewiesen wird. Der Finanzausgleich mit den Gemeinden befindet sich auf einem guten Stand, auch im Vergleich zu anderen Kantonen. Ferner wurden Bemühungen unternommen, die Darstellung der Staatsrechnung gegenüber dem Vorjahr zu verbessern und mit Grafiken und Tabellen übersichtlicher und transparenter zu gestalten. Auch wurde ein Glossar eingeführt, damit der Text nicht die Zahlen wiederholt, sondern tatsächlich kommentiert.

– *Detailberatung*

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) ruft die einzelnen Abteilungen auf: Allgemeine Verwaltung, FKD, VGD, BUD, JPMD, BKSD, Gerichte

*Keine Wortbegehren.*

– *Landratsbeschluss*

Titel und Ingress, 1., 2., 3., 4.

*Keine Wortbegehren.*

*Kein Rückkommen.*

*://*: Der Landrat stimmt der Vorlage 2008/079 mit 85:0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.42]

**Landratsbeschluss  
betreffend Staatsrechnung 2007**

vom 19. Juni 2008

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *Die Staatsrechnung 2007, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.*
2. *Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2007 wird Kenntnis genommen.*
3. *Die Zuweisung von 25 Mio. Franken in den Fonds zur Finanzierung des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz, vorbehältlich des fakultativen Finanzreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.*
4. *Die Zuweisung von 50 Mio. Franken in den Fonds zur Finanzierung eines Campus FHNW/Uni im Kanton Basel-Landschaft, vorbehältlich des fakultativen Finanzreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.*

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

\*

Nr. 627

**5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) übergibt dieses Traktandum aufgrund ihrer direkten Betroffenheit dem Vizepräsidenten des Landrats.

**Peter Holinger** (SVP) erklärt, dass seitens der Fraktionen Beatrice Fuchs (SP), Jürg Degen (SP), Urs Hess (SVP), Jacqueline Simonet (CVP) sowie Esther Maag (Grüne) vorgeschlagen werden. Nach Rückfrage werden aus dem Plenum keine weiteren Vorschläge eingebracht und keine Einwände gegen eine stille Wahl erhoben.

*://*: Gewählt sind in stiller Wahl Beatrice Fuchs (SP), Jürg Degen (SP), Urs Hess (SVP), Jacqueline Simonet (CVP) und Esther Maag (Grüne).

[Applaus]

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

Nr. 628

**6 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission anstelle von Jürg Wiedemann**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erklärt, dass Isaac Reber (Grüne) vorgeschlagen wird und stellt fest, dass gegen eine stille Wahl aus dem Plenum keine Einwände erhoben werden.

*://*: Gewählt ist in stiller Wahl Isaac Reber (Grüne)

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

\*

Nr. 629

**7 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Bau- und Planungskommission anstelle von Hanspeter Frey und Peter Holinger**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erklärt, dass seitens FDP Petra Schmidt und seitens SVP Daniela Gaugler vorgeschlagen werden. Sie stellt keine Einwände aus dem Plenum gegen eine stille Wahl fest.

*://*: Gewählt sind in stiller Wahl Petra Schmidt (FDP) und Daniela Gaugler (SVP)

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

\*

Nr. 630

**8 Ersatzwahl eines Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle von Beatrice Fuchs**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erklärt, dass Marc Joset (SP) vorgeschlagen wird und stellt fest, dass gegen eine stille Wahl aus dem Plenum keine Einwände erhoben werden.

*://*: Gewählt ist in stiller Wahl Marc Joset (SP)

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

\*

Nr. 631

**9 2008/145**

**Bericht des Kantonsgerichts vom 31. Mai 2008: Wahlen von Gerichtspräsidien und nebenamtlichen KantonsrichterInnen für den Rest der Amtsperiode bis 31. März 2010**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erklärt, dass zuerst die Wahl für das Präsidium der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts vorgenommen werden soll. Sie bittet um Nominierungen aus den Fraktionen.

**– Wahl Präsidium Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts**

**Elisabeth Schneider** (CVP) empfiehlt im Namen ihrer Fraktion Franziska Preiswerk, wohnhaft in Birsfelden, amtierende Präsidentin des Enteignungsgerichts, zur Wahl. Vor rund 6 Jahren wurde Franziska Preiswerk als Präsidentin des Enteignungsgerichts gewählt. Seither übt sie dieses richterliche Amt mit grosser Begeisterung und Fachkompetenz aus und ist allseits geschätzt. Schon bald wurde sie im Kantonsgericht als Ersatzrichterin in der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht eingesetzt. Später amtierte sie zudem auch als Ersatzrichterin in der Abteilung Sozialversicherungsrecht. Durch ihre Tätigkeit als Gerichtspräsidentin an einem erstinstanzlichen Gericht, aber auch durch die regelmässigen Einsätze am Kantonsgericht erwarb sie hohe Fach- und Führungsqualitäten. Durch die Mitwirkung in vielen Arbeitsgruppen des Kantonsgerichts zu fachspezifischen Themen und Organisations- und Personalfragen sind ihr die Aufgaben eines Abteilungspräsidiums vertraut. Die Fraktion ist überzeugt, dass Franziska Preiswerk durch ihre grosse Erfahrung, ihr Fachwissen und ihre hohe Sozialkompetenz eine allseits geschätzte Präsidentin der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts wird. Die CVP/EVP-Fraktion dankt für die Unterstützung der Kandidatur.

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) liegen keine weiteren Vorschläge vor, weshalb sie eine stille Wahl durchführt.

://: Gewählt ist in stiller Wahl als neue Präsidentin der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts Franziska Preiswerk.

**– Wahl Präsidium (50%) Abteilung Zivil- und Strafrecht des Kantonsgerichts**

**Thomas de Courten** (SVP) bemerkt vorab an Klaus Kirchmayr, der zuvor wohl die SVP als Oppositionspartei betitelte, dass dies nicht zutrefte. Im Kanton Baselland ist die SVP keine Oppositionspartei, sondern Regierungspartei, *mittragende Regierungspartei*! Die SVP steht ferner zum bürgerlichen Lager und zur bürgerlichen Zusammenarbeit. Es ist ihr wichtig, dass die im Kanton üblichen politischen Partnerschaften eingehalten und auch in den Richterwahlen die üblichen Proporzverhältnisse widerspiegelt werden. Diese Kriterien kamen bereits in mehreren Wahlgängen zur Anwendung und die bürgerlichen Kandidaten wurden von der SVP einstimmig unterstützt.

Nun schlägt die SVP Dr. Dieter Eglin, wohnhaft in Bennwil, verheiratet, Jahrgang 1968, für die Wahl als Präsident der Abteilung Zivil- und Strafrecht am Kantonsgericht vor. Dieter Eglin doktorierte in Jurisprudenz, absolvierte seine Ausbildung an der Uni Basel sowohl für Lizentiat wie Doktorat mit höchster akademischer Auszeichnung. Seine fachliche Qualifikation als Jurist ist durch mehrere Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Führung und Kommunikation ergänzt. Er begann seine berufliche Karriere in der regionalen Privatwirtschaft, wo er von Beginn an in operativen Führungsfunktionen tätig war, unter anderem als Geschäftsführer des Basler Volkswirtschaftsbundes. 2001 wurde Dieter Eglin stellvertretender Vorsteher des kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, einer der grössten Amtsstellen im Kanton. Auch hier erhielt er von seinen Vorgesetzten beste Zeugnisse. Richterliche Erfahrung sammelte er am Bezirksgericht Liestal wie auch aktuell als amtierender Vizepräsident der Abteilung Zivil- und Strafrecht am Kantonsgericht. Dieter Eglin genießt bei den Richtern fachlich und persönlich überparteilich Respekt. Die persönliche Integrität steht ebenso ausser Frage, wie die richterliche Unabhängigkeit. Somit erfüllt er die Anforderungen für das Präsidium bestens. Die SVP-Fraktion empfiehlt Dieter Eglin zur Wahl.

**Isaac Reber** (Grüne) mahnt Thomas de Courten zum Thema "Opposition und staatstragende Regierungspartei" unter Verweis auf das Messereferendum, das Referendum gegen die Rheinhäfen Schweiz und das Referendum gegen eine starke Universität für die Region. Eine genauere Betrachtung, inwiefern dieses Gebahren staats-tragend oder oppositionell ist, lohnt sich gemäss Isaac Reber.

Zum Thema der Richterwahlen: Für das Präsidium der Abteilung Zivil- und Strafrecht am Kantonsgericht schlagen die Grünen mit Markus Mattle einen unabhängigen, unternehmerisch denkenden und fachlich bestens qualifizierten Kandidaten vor. Unabhängige, agierende, charakterstarke Menschen brauchen die Gerichte. Immer wieder gibt es Versuche seitens der Politik oder einzelner Parteien, sich in die Geschäfte der Gerichte einzumischen und die Kontrolle über die Justiz zu erlangen. Die Grünen sind aber überzeugt, dass dies dem demokratischen System und letztlich der persönlichen Freiheit schade. Eine starke Demokratie braucht unabhängige Gerichte. Markus Mattle wäre ein unabhängiger Gerichtspräsident, der keiner Partei verpflichtet und als selbständiger Unternehmer auch nicht vom Staat abhängig ist. In einer modernen Verwaltung sind in wichtigen Funktionen mit Leitungskompetenz unternehmerisch denkende Menschen nötig. Markus Mattle entschied sich gleich zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn für den selbständigen Weg. 1985 eröffnete er mit einem Partner ein Advokaturbüro, welches 1989 auf ein Advokatur- und Notariatsbüro in Basel erweitert wurde. Markus Mattle war in seiner beruflichen Laufbahn sehr erfolgreich, das Büro wuchs stetig. Er ist gewillt und befähigt, im Gericht Führungsverantwortung zu übernehmen. Markus Mattle ist unerschrocken. Urteile zu treffen und einen Entscheid zu vertreten braucht Mut. Nicht immer sind die Entscheide der Justiz für die Öffentlichkeit plausibel und nachvollziehbar und sie gefallen auch nicht immer der Politik. Auch daher braucht es Mut, um die Unabhängigkeit der Justiz vor der Politik zu bewahren. Markus Mattle ist mutig. Anfang Dezember 2003 segelte er gemeinsam mit zwei Brüdern und zwei Freunden in

einem 12m langen Boot über den Atlantik nach Amerika. Als Skipper übernahm er eine grosse Verantwortung, deren er gerecht wurde. Seine Aufgabe erfüllte er umsichtig und gut, die Crew feierte Weihnachten in Amerika.

Markus Mattle ist bestens qualifiziert. Wer auf eine 20-jährige Tätigkeit als erfolgreicher, selbständiger Unternehmer zurückblicken kann und gut 10 Jahre Gerichtserfahrung aufweist, ist qualifiziert für die Übernahme dieser Aufgabe. Seit 1998 ist Markus Mattle am damaligen Obergericht, dem heutigen Kantonsgericht, als Richter in der Abteilung Zivil- und Strafrecht tätig. Seit 2004 ist er überdies auch in den Abteilungen Sozialversicherungsrecht, Verwaltungs- und Verfassungsrecht im Einsatz. Aufgrund seiner Kompetenz und seiner praxis- und lösungsorientierten Arbeit erwarb er sich Anerkennung im gesamten Richterkollegium.

In anderen Worten: Aus all diesen genannten Erwägungen ist Markus Mattle nach Auffassung der Grünen der geeignetste, qualifizierteste Kandidat für dieses Präsidium. Daher bitten die Grünen, Parteiraison und politisches Kalkül auf die Seite zu legen, Verantwortung zu übernehmen und im Interesse einer unabhängigen Justiz und einer starken Demokratie Markus Mattle zu wählen, jenen Kandidaten, der den Anforderungen dieses hohen Amtes am besten gerecht wird.

**Kaspar Birkhäuser** (Grüne) hat zwei Fragen betreffend des gesamten Traktandums 9. Er bezieht sich auf Artikel 62 der Kantonsverfassung, worin steht: "Die Mitglieder des Landrates beraten und stimmen ohne Instruktionen." Die erste Frage betrifft die SVP: Gemäss Meldung in Online Reports vom 14. Juni 2008 versuchte die SVP, Landräte der FDP und der CVP/EVP zu einer schriftlichen Vereinbarung betreffend Gerichtswahlen zu verpflichten. Ob und wie weitreichend dieses Vorhaben gelungen ist, interessiert ihn.

Die zweite Frage geht an den Gesamtlandrat: Sofern die SVP bestätigt, stellt sich die Frage nach den Folgen hieraus auf das gesamte Wahlgeschäft.

**Thomas de Courten** (SVP) zufolge stimmt der angesprochene Artikel nicht vollständig. Gewisse Elemente treffen aber zu. Früher, Heute und auch Morgen sprechen Parteien, die eine gewisse Grundhaltung teilen, miteinander, um eine gemeinsame Lösung und somit im Parlament eine Mehrheit zu finden. Solche Gespräche fanden auch im Vorfeld der Richterwahlen statt. Man einigte sich darauf, die Resultate dieser Gespräche schriftlich festzuhalten. Es trifft aber nicht zu, dass dies auf Verlangen der SVP geschehen wäre. Es handelte sich um eine gemeinsame Gesprächsrunde. Auch wurde niemand verpflichtet, entgegen der Anforderung von Verfassungsartikel 62 zu stimmen. Jeder ist frei, gemäss seiner Überzeugung zu stimmen. Die Überzeugung der SVP-Fraktion ist, dass Dr. Dieter Eglin der richtige Kandidat für das Präsidium der Abteilung Zivil- und Strafrecht ist.

Nachdem die Wahlzettel ausgefüllt und vom Wahlbüro ausgezählt worden sind, verkündet **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) das Ergebnis:

#### *Wahl des Präsidiums für die Abteilung Zivil- und Strafrecht des Kantonsgerichts*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	87
Zahl der leeren Wahlzettel	2
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	85
Absolutes Mehr	43

://: Gewählt ist mit 48 Stimmen Dieter Eglin.

[Applaus]

Für das Protokoll:

Pascal Andres, Landeskanzlei

\*

#### **– Wahl des Präsidiums des Kantonsgerichts (40%)**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) bittet um Wahlvorschläge.

**Ruedi Brassel** (SP) erklärt, die SP-Fraktion empfehle dem Landrat Andreas Brunner zur Wahl als Präsident des Kantonsgerichts. Andreas Brunner erfüllt in jeglicher Hinsicht die Anforderungen, welche an das Richteramt im Kanton Baselland zu stellen sind. Das Plädoyer für Andreas Brunner soll unter drei Stichworte gestellt werden, welche für diese Wahl von zentraler Bedeutung sind: Kompetenz, Kontinuität und Unabhängigkeit.

Zur Person von Andreas Brunner und seiner Kompetenz: Andreas Brunner ist Jurist, hat in der Schweiz promoviert, ist in den USA graduiert worden und besitzt eine breite internationale Erfahrung und Ausbildung. In mehr als ausreichendem Masse verfügt er über die fachlichen Kenntnisse für dieses Richteramt. Von seiner profunden Fachkompetenz zeugen nicht nur eine Vielzahl von fachlichen Publikationen in verschiedensten Fachbereichen, sondern auch seine prämierte Dissertation. Als Anwalt und Mitinhaber einer renommierten Baselbieter Advokatur kennt er auch die Anwaltsseite der Justiz, was für die Ausübung des Richteramts eine wichtige Grundlage und Bereicherung ist. Seit 1992 ist Andreas Brunner auch als Mitglied der Baselbieter Advokaturprüfungskommission, welche er seit 2002 präsidiert, mit der Anwaltstätigkeit vertraut. Für das höchste Richteramt des Kantons qualifiziert Andreas Brunner aber besonders seine langjährige und vielfältige richterliche Erfahrung: Von 1986 bis 2002 war er als Richter am kantonalen Verwaltungs- und Versicherungsgericht tätig, davon fünf Jahre als Vizepräsident. 2002 wählte ihn der Landrat als Präsident in die neu geschaffene Abteilung Sozialversicherungsgericht. Im gleichen Jahr übernahm er auch das Vizepräsidium der Geschäftsleitung des Kantonsgerichts. Ausserdem ist er seit 2001 durch die Wahl der Vereinigten Bundesversammlung als nebenamtlicher Bundesrichter am Eidgenössischen Versicherungsgericht tätig.

Ein solcher Kandidat gewährleistet Kontinuität und Qualität in der Entwicklung der Justiz. Als Stellvertreter des abtretenden Kantonsgerichtspräsidenten Peter Meier kennt Andreas Brunner nicht nur den Betrieb des Kantonsgerichts bestens, sondern ist in der bisherigen Ge-

schäftsleitung und weit darüber hinaus als Jurist anerkannt und wird geschätzt – diese unbestrittene Anerkennung ist gerade auch für die Akzeptanz der Justiz im Kanton von grosser Bedeutung, vor allem auch wenn es darum geht, die erfreuliche und erfolgreiche Entwicklung des Kantonsgerichts seit der neuen Baselbieter Gerichtsorganisation weiterzuführen. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die anstehenden Erneuerungen im Rahmen der StPO-Anpassung wird es von grossem Nutzen sein, auf die Erfahrung von Andreas Brunner und seine Vertrautheit mit dem Management zurückzugreifen und auf seiner allseitigen Akzeptanz aufbauen zu können. Mit Andreas Brunner droht jedoch nicht ein Kontinuum für die nächsten zwanzig Jahre – auch dieser Faktor soll doch beim Wahlentscheid mitberücksichtigt werden, denn der Landrat wird gut beraten sein, jemanden in dieses Amt zu wählen, der dieses nicht ein Vierteljahrhundert blockiert.

Zum Aspekt der Unabhängigkeit: Ruedi Brassel kam in den letzten Tagen ein Schreiben der SVP-Fraktion an die bürgerlichen Landratsmitglieder unter die Augen, worin stehe, es gehe bei diesen Richterwahlen um eine politische Richtungswahl. Dem ist nicht so und dem darf nicht so sein! Es geht in erster Linie um eine Wahl, welche die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Justiz sichern und wahren muss. Wie ist es zu verstehen, wenn im Zusammenhang mit dem Auftrag, die der Landrat zu erfüllen hat, von einer politischen Richtungswahl gesprochen wird? Wer hat es nötig, die eigene Kandidatur durch Einschwörungs- und Druckversuche auf eine Blockdisziplin retten zu versuchen? Wer derartiges tut, demonstriert nicht nur wenig Verständnis für die echte richterliche Unabhängigkeit, er beweist darüber hinaus ein sehr geringes Vertrauen in die Überzeugungsfähigkeit des eigenen Kandidaten. Wer diese Wahl im Vorherein als politische Richtungswahl einstuft und damit die Bürgerlichen an die Leine nehmen will, besitzt gerade im Zusammenhang mit einer Richterwahl, ein merk- und fragwürdiges Verständnis des *Bürgerlichen*. Wir sind alle Bürgerinnen und Bürger, und als solche Citoyens und Citoyennes sind alle vor dem Recht gleich und wollen von den Richtern auch gleich behandelt werden. Bürgerlich wählen in diesem Sinne heisst, die richterliche Unabhängigkeit in den Vordergrund zu stellen. In diesem Vordergrund steht wiederum Andreas Brunner: In all den Jahren seiner richterlichen Tätigkeit hielt er sich immer aus der Parteipolitik heraus und zeichnete sich aus durch eine klare, unabhängige und nur den Gesetzen und der Verfassung verpflichtete Sichtweise und Praxis, und er verfügt über die Integrität, die Kompetenz und die menschlichen Qualitäten, die für das Amt des höchsten Richters absolut erforderlich sind. Aus diesem Grund wird Andreas Brunner als Kantonsgerichtspräsident herzlich empfohlen.

**Thomas de Courten** (SVP) dankt dem Landrat vorweg für die Wahl von Dieter Eglin ins Präsidium der Abteilung Zivil- und Strafrecht am Kantonsgericht. Dieser Beschluss bestätigt, dass die fachliche Qualifikation, die richterliche Erfahrung und persönliche Integrität von Dieter Eglin für dieses hohe Richteramt anerkannt wird. Nun soll die vom Landrat neu definierte Leitung des Kantonsgerichts neu besetzt werden; hierbei handelt es sich nicht um eine richterliche Tätigkeit, sondern um eine Management-Funktion: Es geht darum, wie das Kantonsgericht in Zukunft weiterentwickelt und ausgestaltet werden soll und wie die im Landrat oder auf Bundesebene gefällten politischen

Entscheide in der Praxis umgesetzt werden. Dies ist weniger eine richtende als vielmehr eine grosse, organisatorische und führungstechnische Herausforderung, was in Bezug auf das Baselbieter Kantonsgericht von grosser Relevanz ist. Aus diesem Grund stellt es einen Unterschied dar, ob die Person, die diese Managementfunktion wahrnimmt, mit Unterstützung der Sozialdemokraten gewählt wird oder ob diese Person eine bürgerliche Grundhaltung besitzt, welche von FDP, CVP und SVP getragen wird. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass Dieter Eglin auch für das Amt des Kantonsgerichtspräsidiums bestens qualifiziert ist. Er verfügt als langjähriger stellvertretender Leiter des KIGA und aus seiner Richterfahrung über ausreichende und bestätigte Führungs- und Organisationserfahrungen, beste Kenntnisse der Verwaltung sowie der Gerichte und hat in seiner bisherigen Tätigkeit Sozialkompetenz und diplomatisches Verhandlungsgeschick bewiesen. Er genießt auf erster und zweiter Instanzebene den Respekt und die Anerkennung seiner Kolleginnen und Kollegen. Politisch gesehen geht es darum, die Leitung des Kantonsgerichts im Gleichgewicht der politischen Kräfte zu halten. Die weitere Ausgestaltung der Gerichtsorganisation, welche in Bewegung ist, soll auch zukünftig gemeinsam in bürgerlicher Hand gehalten werden. Aus diesem Grund dankt die SVP-Fraktion ihren bürgerlichen Partnerparteien für die Unterstützung von Dieter Eglin und bittet diese, das Urteil über die Kandidatur nicht nur aufgrund der belegten Qualifikation des Kandidaten zu fällen, sondern ebenso die mittel- und langfristige Ausrichtung und deren Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Justiz in diesem Kanton zu bedenken.

*Bekanntgabe der Wahlergebnisse für das Präsidium des Kantonsgerichts (40%):*

Zahl der Stimmberechtigten	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel	88
Zahl der leeren Wahlzettel	4
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0
Zahl der gültigen Stimmen	84
Absolutes Mehr	43

*://: Gewählt ist Andreas Brunner mit 45 Stimmen.*

Verteiler:

- Franziska Preiswerk, Vordere Birsstrasse 18, 4127 Birsfelden
- Dieter Eglin, Hagackerstrasse 20, 4431 Bennwil
- Andreas Brunner, Bettenstrasse 95, 4123 Allschwil
- Kantonsgericht

*Für das Protokoll:*

*Miriam Schaub, Landeskanzlei*

\*

Nr. 632

**14 2008/102**

**Berichte des Regierungsrates vom 22. April 2008 und der Finanzkommission vom 9. Juni 2008: Nachtragskredite zum Budget 2008**

Folgend Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) beantragt der Regierungsrat dem Landrat sechs Nachtrags-

kredite zum Budget 2008. In der Beratung der Finanzkommission standen bei allen Kreditbegehren folgende Fragen im Vordergrund:

1. Inwiefern ist der Kredit noch im laufenden Jahr notwendig?
2. Warum war die Sachlage zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht klar?
3. Können die Kosten nicht im Rahmen des Dienststellenbudgets aufgefangen werden.

Der erste Nachtragskredit betrifft die Projektierungskosten für den neuen Standort für die Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Baselbieter Polizei. Die Vorlage zur Reorganisation dieser Hauptabteilung soll noch in diesem Monat an den Landrat überwiesen werden. Nach Klärung des Standes der Vorlage zog die Regierung das Nachtragskreditbegehren zurück.

Zum zweiten Nachtrag betreffend des Mobiliars am Standort Sissach der NSNW AG nahm die Finanzkommission zur Kenntnis, dass zum Zeitpunkt der Vorlage zur NSNW die Gebäude- und Raumverteilung, und somit auch die Kosten der Neumöblierung, nicht bekannt waren.

Bei den restlichen Nachtragskreditbegehren gab sich die Kommission mit den gegebenen zusätzlichen Antworten und Begründungen "einigermassen" zufrieden. Die Finanzkommission beantragt, die Nachtragskreditbegehren gemäss abgeändertem Landratsbeschluss zu genehmigen.

Vom zweiten Teil der Vorlage, dem Kommentar der Regierung zur Entwicklung des laufenden Haushalts, nahm die Finanzkommission Kenntnis.

Da der Kommissionspräsident bereits auf die wichtigen, kritischen Punkte eingegangen ist, erklärt **Mirjam Würth** (SP-Fraktion), dass die SP-Fraktion den Anträgen der Finanzkommission folgt und den Nachtragskreditbegehren einstimmig zustimmen wird.

Folgend **Karl Willmann** (SVP) stimmt die SVP-Fraktion den Nachtragskreditbegehren zu. Man sollte sich aber die Frage stellen, ob ein Fehlbetrag von 35'000 Franken in einer Dienststelle zu einem Nachtragskreditbegehren führen muss oder ob hierfür nicht besser ein Saldo in der Direktion gefunden werden müsste. Doch das ist nicht Diskussionsthema.

**Daniela Schneeberger** (FDP) erklärt die Zustimmung der FDP-Fraktion zu den Nachtragskreditbegehren. Die Fraktion ist aber klar der Meinung, dass solche Nachtragskreditbegehren die Ausnahme bleiben sollten. Es stelle sich so manches Mal die Frage, ob hinter den Projektierungskrediten wirklich die nötige Disziplin stecke und diese Punkte nicht schon in der Planung einfließen sollten.

Auch die Grüne Fraktion stimmt gemäss **Klaus Kirchmayr** (Grüne) den Nachtragskreditbegehren zu. Es müsse aber bedacht werden, wie inskünftig eine stufengerechte Behandlung für solche Dinge gefunden werden könnte.

– *Landratsbeschluss*

Titel und Ingress, Hochbauamt, Amt für Raumplanung / Öffentlicher Verkehr, Amt für Umweltschutz und Energie, Sicherheitsinspektorat, Vermessungs- und Meliorationsamt

*Keine Wortbegehren.*

*Kein Rückkommen.*

– *Schlussabstimmung*

*://: Der Landrat stimmt der Vorlage 2008/102 mit 71:0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.*

*[Namenliste einsehbar im Internet; 11.13]*

#### **Landratsbeschluss**

#### **betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2008**

*vom 19. Juni 2008*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

*Dem folgenden Antrag zur Änderung der Laufenden Rechnung 2008 wird zugestimmt:*

	<b>Mehraufwand in Franken</b>
<b>2320 Hochbauamt</b>	
2320.311.10 Mobiliar	220'000
<b>2357 Amt für Raumplanung / Öffentlicher Verkehr</b>	
2357.318.20 Gutachten / Expertenkosten	115'000
<b>2330 Amt für Umweltschutz und Energie</b>	
2330.365.90 Übernahme der Ausfallkosten für die Sanierung der Altlasten	480'000
2155.480.00 Beiträge an Verwaltungsaufwand Spezialfinanzierung, Fonds, Stiftungen	- 480'000
<b>2380 Sicherheitsinspektorat</b>	
2380.318.20 Erneuerung der Software C-Risk	35'000
<b>2320 Vermessungs- und Meliorationsamt</b>	
2320.318.90 Dienstleistungen Dritter	184'000
<b>Total</b>	<b>554'000</b>

*Für das Protokoll:*

*Pascal Andres, Landeskanzlei*

\*

Nr. 633

#### **15 2008/046**

**Berichte des Regierungsrates vom 26. Februar 2008 und der Justiz- und Polizeikommission vom 2. Juni 2008 sowie der Bau- und Planungskommission vom 5. Juni 2008: Strafjustizzentrum Muttenz; Zusatzkredit Projektierung**

Vizepräsident der Justiz- und Polizeikommission (JPK) **Kaspar Birkhäuser** (Grüne) erklärt, dass über einen Zusatzkredit für die Projektierung des geplanten Strafjustizzentrums in Muttenz debattiert werde. Bekanntlich bewilligte der Landrat am 5. September 2005 CHF 2,65 Mio. für einen Verpflichtungskredit für die Projektierung des Kantonsgerichtsgebäudes in Liestal und für das Strafjustiz-

zentrum Muttenz. Darauf führte das Hochbauamt für den Standort Muttenz einen Projektwettbewerb durch, aus dem im Herbst 2006 das Siegerprojekt hervorging. Dieses wurde mit den Architekten überarbeitet und optimiert. Dabei stellte sich heraus, dass die in der Machbarkeitsstudie ausgewiesenen und für die Projektierungsvorlage herangezogenen Flächen- und Kostenwerte zu tief kalkuliert worden waren. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass die Investitionskosten neu CHF 73 Mio. statt wie 2004 angenommen CHF 44,5 Mio. betragen werden. Das Hochbauamt nennt als Hauptgrund für diese Kostensteigerung: «Die projektbedingte Erhöhung der Geschossfläche bei gleichbleibender Nettofläche». Aus Gründen, die im Bericht des Regierungsrates und in den Berichten der Bau- und Planungskommission (BPK) und der Justiz- und Polizeikommission ersichtlich sind, muss nun auch der Projektierungskredit für das Strafjustizzentrum um zusätzliche CHF 4,45 Mio. auf CHF 7,1 Mio. erhöht werden. Die Bau- und Planungskommission untersuchte besonders die Gründe für die Kostenerhöhung und beschloss mit 11:1 Stimmen, dem Landrat die Annahme des von der Regierung vorgeschlagenen Landratsbeschlusses zu empfehlen. Die Justiz- und Polizeikommission diskutierte die Frage, ob eine Fortsetzung der Projektierung vor der Weichenstellung im Einführungsgesetz zur neuen Strafprozessordnung eine präjudizierende Wirkung auf das Raumprogramm haben könnte. Hierbei spielen besonders der Entscheid, ob die künftige Staatsanwaltschaft an einem Ort oder dezentral in den Bezirken zu lokalisieren sei, eine Rolle. Um sicherzustellen, dass der zusätzliche Projektierungskredit auf keinen Fall zweckentfremdet werden kann, ergänzte die Justiz- und Polizeikommission die regierungsrätliche Vorlage mit folgendem Satz: «Die Bau- und Umweltdirektion wird beauftragt, darauf zu achten, dass mit der Genehmigung dieses Kredits kein Präjudiz geschaffen wird hinsichtlich einer möglichen Erweiterung des Raumprogramms, bedingt durch den Landratsbeschluss zum EG StPO». Die Kommission beantragt dem Landrat mit 8:2 Stimmen, der Vorlage mit diesem Zusatz zuzustimmen.

Der Präsident der mitberichterstattenden Bau- und Planungskommission **Rolf Richterich** (FDP) erklärt einleitend Bemerkung, dass eigentlich niemand diese Vorlage gewünscht habe und Eintreten darauf umstritten war. Aus dem Kommissionsbericht sollen folgende Punkte hervorgehoben werden:

#### 1. Gründe der Kostensteigerung:

- Um abzuklären, dass nicht seitens der Nutzer zusätzliche Wünsche aufkamen, wurden diese eingeladen. Diese Befürchtung kann verneint werden.
- Die Gründe für die Kostensteigerung liegen darin, dass in der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) Rechnungsfehler unterlaufen sind, was sehr detailliert und offen kommuniziert wurde. Die Bau- und Planungskommission begrüßte diese offene Kommunikation, was aber nicht heisst, dass sie diese Fehler akzeptiert. Gemäss dem Hochbauamt sei dafür hauptsächlich ein Ressourcenproblem verantwortlich. Wenn nun aufgrund eines Ressourcenproblems ein Projekt von CHF 44 Mio. auf CHF 69 Mio. zu stehen kommt, stellt sich die Frage, wie diese Geschäfte ursprünglich vorbereitet wurden. Vom Hochbauamt wurde jedoch ein Lernprozess erkannt, der nun im

Gange ist, was die Bau- und Planungskommission wieder etwas milder stimmte.

#### 2. Erfahrungswerte im nationalen Vergleich:

Das Hochbauamt zeigte (erst in diesem Frühling) mit einem Vergleich von Quadratmeterpreisen von ähnlichen Projekten auf, dass der ursprüngliche Preis von CHF 2'750 deutlich zu tief angesetzt war. Im schweizerischen Durchschnitt liegen die Preise zwischen CHF 3'140 und CHF 3'770 pro Quadratmeter, womit die nun vorliegende Zahl von CHF 3'510 im nationalen Durchschnitt liegt.

#### 3. Alternativszenarien:

- Ein Projektwechsel bringt erhebliche rechtliche Risiken mit sich, weshalb er nicht in Frage kommt.
- Ein neues Projekt auf einem bestehenden Grundstück wäre mit einem Zeitaufwand von ca. zwei Jahren realisierbar.
- Ein neues Wettbewerbsverfahren auf einem neuen Grundstück würde für die Realisierung mindestens drei Jahre beanspruchen.

Entscheidend ist jedoch: Keines dieser Alternativszenarien kann Gewissheit bieten, dass es massiv billiger wäre als das jetzige Projekt, womit sich die Erwägung eines Alternativszenarios erübrigt.

Die von der Justiz- und Polizeikommission vorgeschlagene Ergänzung des Landratsbeschlusses erachtet die Bau- und Planungskommission als sinnvoll. Mit 11:1 Stimmen empfahl die Kommission, dem Landratsbeschluss zuzustimmen, und würde wohl im gleichen Verhältnis dem veränderten Landratsbeschluss zustimmen.

**Ursula Jäggi** (SP) erklärt, dass die Planung dieses Vorhabens zur Zeit schwierig sei. Die Krux liegt darin, dass das Geschäft momentan behandelt wird, in der Justiz- und Polizeikommission jedoch noch vor den Ferien das EG StPO diskutiert wird. Hierbei kann es zu Verschiebungen und Änderungen kommen und man weiss demzufolge nicht, wie genau das Raumprogramm dieses Gebäudes aussehen wird. Es liegen noch viele Unklarheiten vor; unter anderem stellt sich die Frage, ob bei der jetzigen Planung der berechnete Platzbedarf ausreichend ist, was zu bezweifeln ist. Allerdings steht man unter Zugzwang und muss weiterplanen, unter anderem weil das Statthalteramt Arlesheim sich in einem desolaten Zustand befindet und die Gefängniszellen als Provisorium im Hof untergebracht sind. Die Gemeinde Arlesheim hat diesen Zellen nur eine befristete Zustimmung erteilt, welche schon einmal verlängert werden musste und wohl wieder verlängert werden muss, bis das neue Gebäude steht. Zu dieser unglücklichen Geschichte kommt nun, dass der Kredit überschritten wird. Nach Abwägen und Diskutieren wurde ersichtlich, dass nun weitergeplant werden muss, weshalb die SP-Fraktion für Eintreten ist und der Erhöhung des Planungskredits sowie dem Einschub zustimmt.

**Urs Hess** (SVP) bemerkt, dass die SVP-Fraktion dieses Geschäft sowie den Antrag der Justiz- und Polizeikommission unterstütze. Das Geschäft steht unter einem unglücklichen Stern: Man kaufte Land in einer «Nacht- und Nebel-Aktion» an einem ungünstigen Standort und nun kommt das Projektproblem dazu. Jedoch wird in der SVP-Fraktion geschätzt, dass in der neuen Ära mit dem neuen Baudirektor Fehler zugegeben werden. Dies lässt hoffen, die

zukünftigen Projekte entsprechen den geplanten Kosten. Es bleibt nichts anderes übrig, als diesem Zusatzkredit zuzustimmen, denn alles andere brächte eine Projektverzögerung mit sich und würde noch mehr Kosten verursachen. Augen zu und durch – die SVP-Fraktion stimmt dem vorhandenen Landratsbeschluss zu.

**Daniele Ceccarelli** (FDP) lobt den Kommissionsbericht der Bau- und Planungskommission und stellt fest, seit er Mitglied des Landrats sei, sei eigentlich kein Projekt rund gelaufen. Bei allen grossen Projekten mussten Kostenüberschreitungen hingenommen werden – offenbar ist dies einfach so und daran kann vermutlich nicht viel geändert werden. Die FDP-Fraktion stimmt für den Vorschlag inklusive Einschub.

**Christian Steiner** (CVP) meint, das Projekt sei von Beginn weg unglücklich verlaufen: Beim Landkauf spielte der Druck der SBB eine grössere Rolle als eine saubere Standortevaluation. Danach führten falsche Annahmen über Kosten und Flächenwerte fast zu einer Verdreifachung des Planungskredits und einer Verdoppelung der erwarteten Baukosten. Nun kommt noch die Neuorganisation der Staatsanwaltschaft im Rahmen der revidierten Strafprozessordnung hinzu, mit der Option, allenfalls ein neues Stockwerk bauen zu müssen. Man weiss heute also noch nicht, wie das Projekt genau aussehen wird. Eine Stornierung des Projekts und eine Neuprojektierung würde nur zu einer zeitlichen Verzögerung von drei Jahren und nicht zu einer Verbilligung des Vorhabens führen, denn die Neuberechnung verdeutlicht, dass das Projekt im schweizweiten Durchschnitt liegt. Es bleibt zu hoffen, in Zukunft wird aus diesen Fehlern gelernt. Dass über die Kostensteigerung rechtzeitig informiert wurde, darf als Weg zur Verbesserung gewertet werden, weshalb das Projekt mit leichtem Zähneknirschen durchgewinkt werden soll. Die CVP/EVP-Fraktion stimmt der Vorlage inklusive Einschub einstimmig zu.

**Isaac Reber** (Grüne) meint, die vorher viel gerühmte bürgerliche Finanzdisziplin komme bei diesen alltäglichen Investitionen nicht oder nur kläglich zum Tragen. Es geht im Moment nicht um das Projekt und dessen Bedarf, sondern um dessen Aufgleisung. In diesem Kanton ist es aber offensichtlich egal, ob ein Projekt 45 oder 75 Millionen, 180 oder 350 Millionen oder 500 statt 250 Millionen Franken kostet. Erstaunlich ist im Weiteren, dass all diese Kostensteigerungen keine Auswirkungen auf den Finanzplan haben – jedenfalls war nichts dergleichen zu vernehmen. Dies hinterlässt zu viele Fragen, weshalb die Grüne Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen kann und dies auch nicht will.

**Martin Rüegg** (SP) bemerkt, Zusatzkredite seien immer unerfreulich, insbesondere in dieser Höhe. An der Haltung der SP-Fraktion hat sich grundsätzlich nichts geändert und man steht hinter dem neuen Justizzentrum. In der Debatte im Jahr 2005 sprach sich der Landrat für eine Trennung der Vorhaben Justizzentrum Muttenz und Kantonsgerichtsgebäude Liestal aus. Bis im Jahr 2007 sollte eine Landratsvorlage für das Kantonsgerichtsgebäude ausgearbeitet werden – dies ist leider bis heute nicht geschehen. Die Situation ist also doppelt unangenehm: Man muss über den mehr als sechzig Prozent teureren Ausbau in Muttenz befinden und weiss nicht, wie viel das neue

Gerichtsgebäude in Liestal kosten wird; es wird sich wohl um einen dreistelligen Millionenbetrag handeln. Ärgerlich ist erstens die massive Kostensteigerung: Solche müssen einmal mehr aufgrund von groben Fehlern, die in der Bau- und Umweltschutzdirektion begangen wurden, hingenommen werden. Was sind die Gründe für die anhaltende Misere? Die immer komplexer werdenden Projekte, die nicht mehr handhabbar sind? Ist es schwierig, genügend qualifiziertes Fachpersonal für den Kanton Baselland zu gewinnen? Oder ist es der zunehmende Kosten- und Zeitdruck, den auch der Landrat ausübt? Eine Analyse in der BUD in dieser Richtung wäre durchaus sinnvoll. Zweitens ist die ungenügende Kommunikation zu bemängeln: Schon nach dem Wettbewerbsverfahren im Herbst 2006 war klar, dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Es ist unverständlich, dass damals noch Verträge abgeschlossen wurden und nicht das Parlament konsultiert wurde. Dennoch stimmt die SP-Fraktion aus baulicher Sicht mit «Knurren und Murren» für diesen Zusatzkredit, da erstens keine valable Alternative besteht, es zweitens dringend notwendig ist, dass die Justizbehörden zeitgemässe Räume besitzen und da drittens die begangenen Fehler selbstkritisch und plausibel aufgezeigt wurden. Viertens verspricht dieser Zusatzkredit eine erhöhte Planungs- und Kostensicherheit.

**Regierungsrat Jörg Krähenbühl** (SVP) erklärt, die Bau- und Umweltschutzdirektion sei das letzte Glied in der Kette und setze den Auftrag der Justiz- und Polizeidirektion um. Die Kritik wird ernst genommen, verarbeitet und hoffentlich kommen diese Punkte bei künftigen Projekten nicht mehr vor. Zur Zeit wird in der Regierung intensiv über die Investitionsprogramme diskutiert; diese Zahlen werden berücksichtigt. Das Siegerprojekt basiert auf einem anderen als dem ursprünglich vorgesehenen Konzept (höheres Volumen), was mehr Kosten verursacht. Aus diesem Grund kommt der Endpreis des Gebäudes höher zu stehen, bietet aber andererseits mehr Sicherheit, dass die Kosten auf diesem Niveau bleiben werden. Im Weiteren ist die Bau- und Umweltschutzdirektion immer bereit, konstruktive Kritik entgegenzunehmen.

://: Der Landrat stimmt dem von der Justiz- und Polizeikommission ergänzten Landratsbeschluss zum Strafjustizzentrum Muttenz, Zusatzkredit Projektierung (2008/046) mit 64:9 Stimmen bei 9 Enthaltungen zu.  
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.52]

### **Landratsbeschluss betreffend Strafjustizzentrum Muttenz Zusatzkredit Projektierung**

vom 19. Juni 2008

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Projektierung des Strafjustizzentrum Muttenz bis und mit Phase Ausschreibung wird ein Zusatzkredit von CHF 4'450'000.- zu Lasten des Kontos 2320.503.30-253 bewilligt.
2. Die Bau- und Umweltschutzdirektion wird beauftragt, darauf zu achten, dass mit der Genehmigung dieses Kredits kein Präjudiz geschaffen wird hinsichtlich einer möglichen Erweiterung des Raumprogramms, bedingt durch den Landratsentscheid zum EG StPO.

3. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

Für das Protokoll:

Miriam Schaub, Landeskanzlei

\*

#### Verabschiedungen von zwei Landratsmitgliedern:

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) verabschiedet Rosmarie Vögelin mit folgenden Worten:

«Rosmarie Vögelin, du bist Landratsmitglied seit dem 3. November 2005, als du nachgerückt bist. Du warst zuerst in der Geschäftsprüfungskommission tätig und nachher in der Personalkommission. Deine politischen Schwerpunkte waren Umwelt, dies zeigt auch deine Mitgliedschaft in diversen Umweltverbänden, sowie Integration – zu diesem Thema hast du auch ein Postulat eingereicht. Ich erlebte dich als angenehme und mitfühlende Landratskollegin, wir führten das eine oder andere Mal ein persönliches Gespräch, was mir sehr gefallen hat. Nebst deiner Familie mit pubertierenden Kindern hast du auch einen anspruchsvollen Beruf – du verlässt uns auch aus beruflichen Gründen, was wir nachvollziehen können bei deiner Dreifachbelastung als Familienfrau, Berufsfrau und Politikerin. Wir wünschen dir bei deinen weiteren Aufgaben und Herausforderungen alles Gute und danken dir ganz herzlich für deine Mitarbeit hier im Landrat.»

[Herzlicher Applaus]

Darüber hinaus verabschiedet **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) Birgitta Rebsamen:

«Du bist im Landrat seit der neuen Amtsperiode, seit dem 2. Juli 2007. In dieser kurzen Zeit lernst du drei Kommissionen kennen: Die Geschäftsprüfungskommission, die Personalkommission und die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Wir wurden doppelt überrumpelt von deinem Rücktritt: Einerseits weil wir es zuerst öffentlich erfahren haben, und andererseits weil wir im letzten Moment merkten, dass du heute nicht nur deinen Rücktritt bekannt gibst, sondern auch gleich heute zum letzten Mal im Rat sitzt. Das ist schade, weil ich dich als engagiertes Parlamentsmitglied mit fundierten Voten kennenlernte. Du wirst fehlen. Schön ist, dass für dich, wie auch für Rosmarie Vögelin, wieder Frauen nachrücken werden. Für deine weiteren Vorhaben, für die du hoffentlich dank weniger politischem Engagement mehr Zeit findest, wünschen wir dir alles Gute, viel Kraft und viel Freude.»

[Herzlicher Applaus]

Für das Protokoll:

Miriam Schaub, Landeskanzlei

\*

#### Verabschiedung der Landratspräsidentin Esther Maag

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erklärt, dass sie an dieser Stelle als scheidende Landratspräsidentin eine staatstragende Rede halten dürfte. Jedoch stehe ihr Evaluieren und Bilanzziehen in eigener Sache nicht zu, weshalb sie diesen Auftrag einer unabhängigen Stabsstelle übertrug: Ester Maag begrüsst Daniel Buser und Roland Suter von «touche ma bouche», welche die Rückschau übernehmen werden.

«**Touche ma bouche**» bieten einen pointierten und humorvollen Rückblick über das Präsidialjahr von Esther Maag. Unter anderem wolle Esther Maag in der Mitte des Landratssaals einen Kreisel einführen, welcher der Problemlösung dienen solle. Natürlich solle dieser nach einer Frau benannt werden, am Besten nach Frau Maag. Zuletzt wird die scheidende Landratspräsidentin musikalisch verabschiedet mit dem Lied «das wär's gsi».

[Grosser Beifall]

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) dankt den Experten herzlich für die objektive Auswertung, welche sie sich zu Herzen nehmen werde.

**Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro** (FDP) meint, nach einer solchen Darbietung sei es nicht einfach, auch noch selber etwas zu sagen. Insbesondere da beide ähnlich vorgingen – auch die Regierungspräsidentin gab die Evaluation extern in Auftrag und zwar bei den Medienschaffenden, welche die Landratspräsidentin in ihrem Präsidialjahr auf Schritt und Tritt begleitet haben. Sabine Pegoraro erklärt: «Die Medienschaffenden besitzen folgendes Bild von dir:

- Du wirkst sympathisch und «echt», was bei den Leuten gut ankam.
- Du tratst mit viel Charme auf und konntest bei deinen Auftritten vermitteln, dass du deine Aufgabe als Landratspräsidentin mit Freude ausgeführt hast.
- Deine Präsenz an Anlässen und Veranstaltungen war beeindruckend: Dabei warst du immer gut vorbereitet, ob sich um den Biopower Spatenstich oder das Feldschieszen handelte. Deine Ansprachen wurden jeweils gerne gehört, weil sie viel Substanz und auch «Menschliches» enthielten. Historisch und unvergesslich war auch deine lateinische Ansprache in Augusta Raurica.
- Deine Präsenz an militärischen und polizeilichen Anlässen, speziell die Teilnahme am Feldschieszen, wurde sehr stark wahrgenommen. Die Schützenkreise waren sehr begeistert und erstaunt über deine Schiesskünste. Es entstand auch der Eindruck, dass es dir bei den «Grünen» sehr gefiel. Aus diesem Grund gibt es ein kleines Geschenk des Amtes für Militär- und Bevölkerungsschutz, da Esther Maags Präferenz für Militärschokolade und -biskuits mittlerweile legendär ist. [Die Regierungspräsidentin überreicht Ester Maag ein «Päckli» mit Militärschokolade – Allgemeine Heiterkeit und Applaus].
- Du wurdest als bürgernahe und volksverbundene Landratspräsidentin geschildert, die nicht abgehoben ist und sich selbst und ihrer politischen Überzeugung treu blieb.

- Es wurde dir auch attestiert, dass du dem Landrat eine gute Präsidentin warst, mit all deinen Stärken und Schwächen. Dass Walter Mundschin manchmal soufflieren musste, wurde auch festgestellt, aber auch das gehört dazu und du hast dies gut gemacht. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass du, wie am Anfang deines Präsidentschaftsjahres angekündigt, die Sitzungen speditiv geleitet hast.
- Ein Journalist meinte, er glaube nicht, dass es dir immer leicht fiel, als Landratspräsidentin «aufs Maul zu sitzen» und bloss die Löwenbändigerin zu spielen. Er denkt, du wirst dich sicher freuen, wieder aktiv in die Debatten eingreifen und mitstreiten zu können.

Liebe Esther, ich teile die Einschätzung der Medien, habe ich dich doch an unseren vielen gemeinsamen Anlässen auch so erlebt. Nun hast du es wieder ruhiger. Im Namen des Landrats und der Regierung danke ich dir ganz herzlich für deinen grossen Einsatz und wünsche dir alles Gute für deine private, berufliche und politische Zukunft, wie auch immer diese aussehen wird.

Du hast dir als Abschiedsgeschenk – auch das ist typisch Esther Maag – nicht die traditionelle Wappenscheibe gewünscht (was Adrian Ballmer zur Frage veranlasste, ob du zu Hause keine Fenster besitzt) *[Allgemeines Gelächter]*. Du wünschst dir als Abschiedsgeschenk ein Schmuckstück, dies ist auch ein würdiges Geschenk für eine abtretende Landratspräsidentin. Esther, alles Gute und weiterhin viel Erfolg.»

*[Herzlicher Applaus]*

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) bedankt sich bei Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro herzlich für die schönen Worte; sie war sehr erfreut, sozusagen zusammen das Präsidentschaftsjahr bestreiten zu können.

*Für das Protokoll:  
Miriam Schaub, Landeskanzlei*

\*

### **Begründung der persönlichen Vorstösse**

Nr. 634

2008/166  
Motion von Mirjam Würth vom 19. Juni 2008: Kleine Gewässer ans Licht

Nr. 635

2008/167  
Motion von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Neue Buslinie Ettingen Bahnhof - Aesch Bahnhof

Nr. 636

2008/168  
Motion von Rolf Richterich vom 19. Juni 2008: Bonus-/Malussystem im öffentlichen Verkehr

Nr. 637

2008/169  
Motion von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Photovoltaik für alle neuen Kantonsgebäude

Nr. 638

2008/170  
Motion von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Berücksichtigung der IAO - Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen (Mitbericht vgd)

Nr. 639

2008/171  
Motion von Madeleine Göschke vom 19. Juni 2008: Keine Frachtflüge in der Nacht und am Sonntag

Nr. 640

2008/172  
Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust

Nr. 641

2008/173  
Interpellation der SP-Fraktion vom 19. Juni 2008: Verfassungsauftrag, Geographiekenntnisse, Radian und Radiologie

Nr. 642

2008/174  
Interpellation von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Polycom, eine teure Verschlechterung?

Nr. 643

2008/175  
Interpellation von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung im Lehrplan der Sekundarstufe 1

**Zu allen Vorstössen keine Wortbegehren.**

*Für das Protokoll:  
Miriam Schaub, Landeskanzlei*

\*

Nr. 644

### **Mitteilungen**

**Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) erinnert daran, wer noch Spesen zurückfordern möchte, müsse dringend die Taggeldabrechnungen bei Rolf Gerber einreichen.

Die Landratspräsidentin dankt den Landratsmitgliedern, den Regierungsmitgliedern und den Medienschaffenden herzlich für die tolle Zusammenarbeit, wünscht einen schönen Fraktionsausflug und erinnert an das Landratspräsidentenfest ihres Nachfolgers Peter Holinger am Abend. Die Sitzung wird um 12:22 Uhr geschlossen.

*Für das Protokoll:*

*Miriam Schaub, Landeskanzlei*

\*

**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**11. September 2008**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**die Präsidentin:**

**der Landschreiber:**